

NETZ-Info

2020/2



„Global denken –
lokal handeln“

Ökumenisches Netz Bayern
für Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung

INHALT	Seite	US-Nahost „Jahrhundert-Plan“	24
Infobrief	3	Nein zur nuklearen Teilhabe	26
Albert Einstein: Brief an Tochter	4	Kirchen und die Ächtung der Atomw.	26
Unsere Krisen verstehen	5	Gerechtigkeit	
Mitgefühl das höchste Gut	11	Tag des Grundgesetzes	28
Schöpfung		Unbegrenzt freier Markt	30
Zeichen der Zeit nicht verkennen	12	Leichtfertiger Antisemitismus Vorw.	30
Kairos für die Schöpfung	14	Flüchtlingssituation – unerträglich!	31
Den Green Deal durchsetzen	17	Ökumene	
Frieden		Nachrufe und Personalien	33
Die Torheit des Krieges	21	Aus unserem Verein: Leserbrief	33
Syrien, Idlib, Flüchtlinge	22	Buchempfehlungen	34
Todes-Statistik	22	Letzte Seite	36

TRÄGERVEREIN ÖKUMENISCHES NETZ BAYERN e.V.

Vorsitzende: Michael Kappus und Sybille Ott

Buchungsstelle: Christiane Hohenstein-Zechbauer (Schatzmeisterin),

Homepage: www.oekumenisches-netz-bayern.de oder kurz: www.oenb.de

Bankverbindung: LIGA Bank eG Regensburg, IBAN: DE21 7509 0300 0001 3109 92 oder

Evangelische Bank Kassel, IBAN: DE14 5206 0410 0003 5025 20

Ständiger Ausschuss (STAU) (Veröffentlichung der Namensliste genehmigt)

Bleher, Martin	Düsseldorfer Str. 13, 80804 München E-Mail: Martin.Bleher@t-online.de
Caesperlein, Dr. Adolf,	Bäumelstr. 51, 82178 Puchheim, E-Mail: adolf.caesperlein@chmela.de
Garten, Regina	Ödenberger Str. 154, 90491 Nürnberg, 0911/593361, Email queensgarden@t-online.de
Gollwitzer, Elisabeth	Zum Stiegelfeld 1, Nürnberg, E-Mail: elisabeth-gollwitzer@web.de
Hennig, Dr. Rainer	Gartenstr. 13, 95119 Naila, 09282/9849690; E-Mail rainer-hennig@t-online.de
Kappus, Michael	Tölzerstr. 7, 81379 München, 089/7232742 kappusm@aol.com
Noggler, Dr. Othmar	Kapuzinerstr. 34, 80469 München, 0151/28593558, E-Mail: onoggler@gmx.de
Olberz, Marlies	Josef-Lang-Str. 1, 81245 München, E-Mail: mmolberz@web.de
Ott, Sybille	kda, Schwanthalerstr. 91, 80336 München, 089/53073744, E-Mail: ott.sybille@kda-bayern.de
Schmid, Hans-Jörg	Unter dem Lehenhof 28, 91413 Neustadt, 09161/307451, E-Mail: b-hj.schmid@web.de
Schneeweiß, Gudrun	Untere Dorfstraße 36 c, 82269 Geltendorf, 08193/999911 E-Mail: gudrun@schneeweiss-net.de
Stahl, Sepp	Sonnenstraße 18, 93356 Teugn, 09405/2677 E-Mail: josef.stahl@web.de
v. Sayn-Wittgenstein, Christian-Ludwig,	Rothschwaiger Str. 39, 82256 Fürstenfeldbruck 0175 6633373, E-Mail: christian-sayn.2010@googlemail.com
Willberg, Hans Harald	Mühlbachweg 13, 90559 Burgthann, 09183/950039, haha.willberg@t-online.de

Information unserer Schatzmeisterin: Künftig werden die Einzüge Ihrer Beiträge jeweils im Oktober abgebucht.

IMPRESSUM:

Das NETZ-Info ist ein Informationsdienst für Mitglieder, Aktive, Freunde und Interessierte des Ökumenischen Netzes Bayern (ÖNB). Es erscheint mehrmals im Jahr.

Redaktion: Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg

Herausgeber: Ökumenisches Netz Bayern, c/o H. H. Willberg, Mühlbachweg 13, 90559 Burghthann; Druck: Scharf – Druck und mehr, Burghthann; Versand: H. H. Willberg, Email: haha.willberg@t-online.de

Adressänderungen bitte an **Christiane Hohenstein-Zechbauer**, czechbauer@web.de,
Tel: 08821-2998

Infobrief

„Die Ankündigung des Bundesinnenministers Host Seehofer, jetzt die Aufnahme von 50 Minderjährigen in die Wege zu leiten, ist angesichts der über 20 000 allein in Moria festsitzenden Menschen blanker Hohn“, kommentiert Anke Trautmann, Sprecherin der Altdorfer Seebrücke, und ergänzt: „Die Not der Menschen schreit zum Himmel. Wie können europäische Politiker sich diesem Hilfeschrei so unmenschlich verweigern?“ Seit Wochen machen in dem kleinen mittelfränkischen Altdorf engagierte Menschen hartnäckig auf die unmenschlichen Zustände in den Lagern an den europäischen Außengrenzen aufmerksam, wo Menschenmassen verzweifelt auf die befestigten und bewachten Grenzen zuströmen, wo griechische Soldaten neuerdings auch scharf schießen, und die Fliehenden völlig ungeschützt dem grassierenden, neuartigen Corona-Virus ausgesetzt sind. –

Die erbärmliche Situation vieler tausender Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen, die erschütternden Bettelbriefe aus afrikanischen Hungergebieten, die ach so berechtigten Anklagen der jungen Bewegung „Fridays for Futur“ – und jetzt die unheimliche Corona-Krise: Das ist einfach zu viel! Die Bilder, die Sorgen, die Hilflosigkeit, die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeiten verfolgen einen bis in den Schlaf. Politiker suchen – redlich die meisten, um des eigenen Vorteils willen andere – Wege aus den Krisen und Handlungsmöglichkeiten, aber das Bild unserer Erde, das Bild Europas, die trotz aller Proteste immer weiter laufenden Waffenverkäufe auch in Länder, die ungehemmt immer weiter Bomben auf Wohngebiete, auf Krankenhäuser und Spielplätze feuern – in seiner Gesamtheit ist das kaum zu ertragen!

Auf der anderen Seite: Haben Sie, liebe Leserinnen und Leser unseres Infoheftes, schon einmal darauf geachtet, wie viele Menschen es gibt, die helfen wollen und tatsächlich helfen; wie viele Organisationen, Gruppen, Initiativen es gibt, die mitten hinein gehen, dorthin, wo die Welt am schrecklichsten brennt? Die der Versuchung widerstehen, vor all dem Elend und dem Grauen die Augen zu verschließen und einfach vorbei zu gehen – wie die Typen in dem bekannten Gleichnis vom barmherzigen Samariter? Die Corona-Krise hat nicht nur das Geschrei von Hassparolen hervorgebracht, sondern auch viel Solidarität, Menschen die besonders bedrohten anderen Einkäufe abnehmen, zum Beispiel. Vielleicht können wir uns daran erinnern, wenn die Krise vorbei ist. Es wäre sicher kein Schaden für unsere Welt! - Im nächsten Jahr soll in Deutschland eine große internationale Tagung stattfinden, die Grundfragen unseres Wirtschaftens und unseres Umgangs mit der Natur beinhalten soll: Eine Tagung des Ökumenischen Rats der Kirchen.

In diesem Heft versuchen wir, beides zu verbinden: Da hinzuschauen, wo man und frau am liebsten die Augen verschließen würde – und einige andere Sichtweisen in den Blick zu nehmen, die wirklich neue Perspektiven in die Diskussion bringen können, z.B. den Brief eines berühmten Vaters an seine Tochter und den wichtigen Grundlagen-Artikel von Sepp Stahl.

Wir wünschen Ihnen Anregungen beim Lesen, grüßen Sie und hoffen, dass Sie gesund bleiben!

Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl und Hans Harald Willberg

Albert Einstein schreibt an seine Tochter

„Als ich die Relativitätstheorie vorschlug, verstanden mich nur sehr wenige Menschen und was ich Dir jetzt schreibe, wird ebenso auf Missverständnisse und Vorurteile in der Welt stoßen.

Ich bitte Dich dennoch, dass Du dies, die ganze Zeit die notwendig ist, beschützt. Jahre, Jahrzehnte, bis die Gesellschaft fortgeschritten genug ist, um das, was ich Dir hier erklären werde, zu akzeptieren. Es gibt eine extrem starke Kraft, für die die Wissenschaft bisher noch keine Formel gefunden hat. Es ist eine Kraft, die alle anderen beinhaltet, sie regelt und die sogar hinter jedem Phänomen steckt, das im Universum tätig ist und noch nicht von uns identifiziert wurde. Diese universelle Kraft ist LIEBE.

Wenn die Wissenschaftler nach einer einheitlichen Theorie des Universums suchten, vergaßen sie bisher diese unsichtbare und mächtigste aller Kräfte.

Liebe ist Licht, da sie denjenigen erleuchtet, der sie aussendet und empfängt. Liebe ist Schwerkraft, weil sie einige Leute dazu bringt, sich zu anderen hingezogen zu fühlen. Liebe ist Macht, weil sie das Beste, das wir haben, vermehrt und nicht zulässt, dass die Menschheit durch ihren blinden Egoismus ausgelöscht wird. Liebe zeigt und offenbart. Durch die Liebe lebt und stirbt man. Liebe ist Gott und Gott ist die Liebe

Diese Kraft erklärt alles und gibt dem Leben einen SINN. Dies ist die Variable, die wir zu lange ignoriert haben, vielleicht, weil wir vor der Liebe Angst haben. Sie ist schließlich die einzige Macht im Universum, die der Mensch nicht nach seinem Willen steuern kann. Um die Liebe sichtbar zu machen, habe ich eine meiner berühmtesten Gleichungen genutzt. Wenn wir anstelle von $E = mc^2$ die Energie akzeptieren, um die Welt durch Liebe zu heilen, kann man durch die Liebe multipliziert mal Lichtgeschwindigkeit hoch Quadrat zu dem Schluss kommen, dass die Liebe die mächtigste Kraft ist, die es gibt. Denn sie hat keine Grenzen. ...Nach dem Scheitern der Menschheit in der Nutzung und Kontrolle über die anderen Kräfte des Universums, die sich gegen uns gestellt haben, ist es unerlässlich, dass wir uns von einer anderen Art von Energie ernähren. Wenn wir wollen, dass unsere Art überleben soll, wenn wir einen Sinn im Leben finden wollen, wenn wir die Welt und alle fühlenden Wesen, die sie bewohnen, retten wollen, ist die Liebe die einzige und die letzte Antwort. Vielleicht sind wir noch nicht bereit, eine Bombe der Liebe zu bauen, ein Artefakt, das mächtig genug ist, allen Hass, Selbstsucht und Gier, die den Planeten plagen, zu zerstören. Allerdings trägt jeder Einzelne in sich einen kleinen, aber leistungsstarken Generator der Liebe, dessen Energie darauf wartet, befreit zu werden. Wenn wir lernen, liebe Lieserl, diese universelle Energie, zu geben und zu empfangen, werden wir herausfinden, dass die Liebe alles überwindet, alles transzendiert und alles kann, denn die Liebe ist die Quintessenz des Lebens.

...Ich bedauere zutiefst, nicht in der Lage gewesen zu sein, das auszudrücken, was mein Herz enthält: mein ganzes Leben hat es leise für Dich geschlagen. Vielleicht ist es nun zu spät, mich zu entschuldigen, aber da die Zeit relativ ist, muss ich Dir wenigstens jetzt sagen, dass ich Dich liebe und dass ich durch Dich zur letzten Antwort gekommen bin.
Dein Vater, Albert Einstein

Unsere Krisen verstehen - Wege aus den Krisen in eine bessere Welt

Die Weltsicht des 17. Jahrhunderts

Das Weltbild der Neuzeit änderte sich in dieser Zeit radikal. Vor allem in Physik und Astronomie kam es zu revolutionären Entwicklungen. Entscheidende Namen: Kopernikus, Galilei, Kepler, Newton u.a. Es entstand eine ganz neue Sichtweise der Philosophie und der Naturwissenschaften im Blick auf Mensch, Natur und Universum.

Drei Namen sind hier vordergründig zu nennen: Rene Descartes, Isaac Newton und Francis Bacon.

Rene Descartes (1596 – 1650)

Von diesen dreien war Rene Descartes der zentrale und bedeutendste Geist und Denker in dieser Zeit. Er war gleichzeitig Philosoph und exzellenter Mathematiker und Naturwissenschaftler. Er galt als Gründervater der neuen Philosophie und der modernen Naturwissenschaften. Descartes war Wegbereiter mehrerer Richtungen, so des Rationalismus, des Reduktionismus und der analytischen Methode in den Naturwissenschaften. Er formulierte ein umfassendes, vielfältiges, philosophisches Gesamtwerk – einen radikalen Neubeginn. Da er zeitweise Latein benutzte, gab er sich auch einen lateinischen Namen: Rénatus Cartésius. Deshalb wird auch vom cartesianischen Welt- und Menschenbild gesprochen.

Die strikte Trennung, der Dualismus zwischen Körper und Geist war für Descartes zentrale Festlegung. „Der Körper enthält nichts, was dem Geist zugerechnet werden könnte, und der Geist beinhaltet nichts, was zum Körper gehörig wäre“ (F. Capra: Wendezeit, S.58). Diese Unterscheidung von Körper und Geist hat das abendländische Denken tief beeinflusst. Capra zitiert dazu Heisenberg: „Diese Spaltung hat sich in den auf Descartes folgenden drei Jahrhunderten tief im menschlichen Geist eingestiftet, und es wird noch viel Zeit vergehen, bis sie durch wirklich andersartige Haltung gegenüber der Wirklichkeit ersetzt wird“ (Capra, S.59). So waren, sind z.B. Ärzte für den Körper zuständig, Psychologen und Psychiater für den Geist und die Seele.

Allen Begebenheiten begegnete Descartes mit Skepsis und Zweifel, alles hinterfragte er gründlich. Mit logischen Schlüssen entwickelte er einen eigenen klaren und zwingenden Gottesbeweis.

Sein Rationalismus nimmt in seinem Gesamtwerk eine prägende Rolle ein. Berühmt ist sein „Cogito, ergo sum“: Ich denke, also bin ich. „Daraus schloss Descartes, das wesentliche Merkmal der menschlichen Natur liege im Denken und alle Dinge, die wir klar und deutlich denken können, seien wahr“ (Capra, S.58). Die Bezeichnung „mentales Bewusstsein“ wurde hiervon abgeleitet. Die Leistungen des „Cogito“ wurden mehr oder weniger nur den Männern zugetraut. Es ist äußerst interessant, was Charles Darwin (1809-1882) in diesem Zusammenhang einige Zeit später vertritt. „Für ihn war das typisch männliche Wesen stark, tapfer und intelligent; das typische weibliche Wesen dagegen war passiv, körperlich schwach und sein Gehirn war nicht voll ausgebildet. Der „Mann“, so schrieb er, ist mutiger, kämpferischer und energischer als die Frau und auch geistig einfallsreicher“ (Capra, S.120). Nicht zugelassen waren beim „Cogito“: Subjektivität, Emotion, Ahnung, Intuition und Vision. Diese wurden als Quelle von Irrtum, Vorurteil und Aberglaube abgetan.

Wir erinnern uns: Ein Bub weint nicht, ein Mann zeigt keine Gefühle, Mädchen und Frauen schon! Das starke, das schwache Geschlecht!

Ein weiterer wichtiger Baustein war bei Descartes seine Entwicklung des Reduktionismus.

Alle Aspekte komplexer Phänomene können wahrheitsgetreu verstanden werden, wenn man sie auf ihre Einzelteile, Bestandteile zerlegt, reduziert und dann untersucht. Ein Ganzes wird in seine Teile zerlegt. Die Ergebnisse daraus werden generalisiert. Die Zerlegung wurde auch auf lebende Organismen übertragen, die man als aus getrennten Teilen konstruierte Maschinen ansah. Durch das Zerlegen in die Einzelteile und ihre Gewichtung ging der wichtige Blick aufs Ganze verloren. Heute wissen wir, das Ganze ist mehr als die

Summe seiner Teile. Diese Vorgehensweise ist ein Verlust, die koordinierende Aktivität des Ganzen zu verstehen. Noch in unserer Zeit ist diese Form des Reduktionismus tief in unserer Kultur verwurzelt. Der ebenfalls gebräuchliche Begriff „reduktionistisches“ Weltbild ist daher ebenfalls gebräuchlich.

Anschließende Argumente der Philosophie und Sichtweisen von Descartes sind heute nicht mehr nachvollziehbar und befremden sehr:

Alle Abläufe auf der Erde und im gesamten Universum geschehen ohne Ausnahme als mechanische Prozesse. „Dieses mechanische Bild der Natur wurde zum dominierenden Paradigma der Naturwissenschaften und der auf Descartes folgenden Periode“ (Capra, S.58).

Alle möglichen Zustände und Seinsweisen waren für ihn Maschinen. „Für Descartes war das materielle Universum eine Maschine und nichts als eine Maschine“ (Capra, S.59). „Descartes schuf ein kompromissloses Bild der lebenden Organismen als mechanische Systeme, ...“ (Capra, S.112). Sie seien nichts anderes als Automaten. Selbst den menschlichen Körper definierte er als Maschine. „In der Tat, ich irre mich nicht, der menschliche Körper ist ein Uhrwerk, ...“ (Capra, S.114). „Für mich ist der menschliche Körper eine Maschine. In Gedanken vergleiche ich einen kranken Menschen und eine schlecht gemachte Uhr mit meiner Idee von einem gesunden Menschen und einer gut gemachten Uhr“ (Capra, S.61). Es ist nur zwingend, dass Descartes Tiere ebenso als Maschinen sah. Auch hier der Vergleich mit einer Uhr, die aus Rädchen und Sprungfedern zusammengesetzt ist. Er glaubte ernsthaft, dass Tiere nicht leiden; er war sogar der Meinung, „ihre Schmerzensschreie bedeuten nicht mehr als das Quietschen eines Rades“ (Capra, S.123). Er verteidigte deshalb auch das Sezieren von Tieren bei lebendigem Leibe. Laut „Die Zeit“ (26.03.2010) soll er angeblich selber Tiere sezieren haben. Wie kann ein höchst anerkannter Philosoph und Wissenschaftler zudem zu folgendem Urteil kommen: „Ich sehe keinerlei Unterschied zwischen Maschinen, die von Handwerkern hergestellt werden, und den Körpern, die allein die Natur zusammengesetzt hat“ (Capra, S. 61).

Isaac Newton (1642 – 1726)

Isaac Newton war wohl der berühmteste Physiker seiner Zeit. Er formulierte als Erster exakte Bewegungsgesetze für alle Körper unter Einfluss der Schwerkraft im gesamten Sonnensystem. Mit seinen Gravitationsgesetzen erklärte er die Bewegungen der Planeten um die Sonne, die Erscheinungen von Ebbe und Flut, berechnete die Massen des Mondes und der Planeten. „Newtons mathematisches System der Welt erwarb sich schnell den Ruf, die korrekte Theorie der Wirklichkeit zu sein und rief bei Wissenschaftler und Laien gleichermaßen eine ungeheure Begeisterung hervor. Das Bild von der Welt als eine vollkommene Maschine, das von Descartes eingeführt worden war, galt als bewiesene Tatsache, und Newton wurde zu seinem Symbol“ (Capra, S.67). Sein Universum war ein gewaltiges mechanisches System, das nach exakten mathematischen Gesetzen funktionierte. „Die Physik Newtons, die Krönung der wissenschaftlichen Leistungen des 17. Jahrhunderts, lieferte eine geschlossene mathematische Theorie der Welt, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die solide Grundlage wissenschaftlichen Denkens blieb“ (Capra, S.62). Wie bei Descartes war also auch für Newton „die ganze Welt eine Maschine im Stile des 17. Jahrhunderts, im Wesentlichen ein Uhrwerk“ (Capra, S.296). „Für Newton und Descartes ist das Universum ein gigantisches Uhrwerk, in dem sich das Verhalten jedes einzelnen Objekts präzise vorhersagen lässt, sofern alle erforderlichen Informationen vorliegen“ (Anders Indset: Quantenwirtschaft, S.163).

Die starke Gewichtung des Verstandes bei Descartes war auch für Newton ein zentraler Aspekt. Er war überzeugt, „sein mächtiger Verstand könne dem Universum alle Geheimnisse entreißen“ (Capra, S.62). Die Welt lässt sich restlos rational erklären, alles ist den gleichen Naturgesetzen unterworfen, dem logischen Bauplan eines rein mechanischen Universums. Es herrschte eine gewisse Besessenheit an Messungen und Quantifizierungen. Newton glaubte fest, alles in der Welt sei berechenbar.

Francis Bacon (1561 – 1626)

Francis Bacon war Philosoph, Jurist, zeitweise Generalstaatsanwalt und Lordkanzler bei König James I. von England. Er vertrat nachdrücklich eine neue For-

schungsmethode, die unter Einbeziehung der mathematischen Naturbeschreibung die analytische Denkweise benutzte. Er war auch „der erste, der eine Theorie der induktiven Methode formulierte – Experimente zu machen und aus ihnen allgemeine Schlussfolgerungen zu ziehen, ...“ Art und Zielsetzung wissenschaftlicher Forschung wurden dadurch tiefgreifend verändert.

„Seit Bacon ist das Ziel der Wissenschaft, Wissen zu erwerben, das zur Beherrschung und zur Kontrolle der Natur genutzt werden kann“ (Capra, S.54). Diese Auffassung teilte auch Descartes mit Bacon. „Die Ausdrücke, mit denen Bacon seine neue wissenschaftliche Forschungsmethode empfahl, waren nicht nur leidenschaftlich, sondern oft richtig böseartig“ (Capra, S.54). Hier seine Ausdrücke: Die Natur auf ihren Irrwegen mit Hunden hetzen, sich gefügig und zur Sklavin machen, unter Druck setzen, die Natur auf die Folter spannen, bis sie ihre Geheimnisse preisgibt. Als Generalbundesanwalt war Bacon unter anderem für die damaligen Hexenverbrennungen im Königreich zuständig. Den Umgang mit diesen Frauen übertrug er anscheinend auch auf die Natur. Er sah die Natur zudem als ein weibliches Wesen an. Noch heute sprechen wir von Mutter Natur.

Folgen und Auswirkungen

Bis in unsere Zeit ist der Einfluss von Descartes, Newton und Bacon noch spür- und erkennbar. Dies gilt für alle Lebens- und wissenschaftlichen Bereiche, für die Natur- und Geisteswissenschaften, für Medizin, Psychologie und die Wirtschaftswissenschaften. Eine ganze Reihe von Aussagen müssen wir gar nicht kommentieren. Sie sind für uns heute in keiner Weise verständlich und können spontan als falsch erkannt werden. Wir fragen uns heute, wie kann man überhaupt auf solche Gedanken kommen: Die strikte Trennung von Körper und Geist, alle lebenden Organismen, die Natur, das Universum eine Maschine, meine Existenz als Person ausschließlich durch das Denkvermögen begründet. Die Denkfähigkeit, die nur Männern vorbehalten ist. Frauen sind dazu weniger fähig. Dieser Bestand über mehr als zwei Jahrhunderte verwundert doch sehr.

Newton gilt immer noch als einer der größten Physiker aller Zeiten. Mit seinen Gravitationsgesetzen schenkte er der Mensch-

heit ein absolut neues, vertiefendes Verständnis der Welt mit seinen mechanischen Prozessen. Aber aus Newtons Arbeiten entwickelte sich eine Gewissheit, gar Überheblichkeit, alles ist mit mathematischen Gleichungen zu berechnen und zu beherrschen. Die Welt lässt sich mit Naturgesetzen restlos erklären und verstehen. Der entscheidende Zugang zum Universum als ein mechanisches System ist gefunden. Die letzten Geheimnisse sind gelüftet. Aus diesen Einstellungen leitete sich eine gewisse Form von Herrschaft, vor allem gegenüber der Natur ab. Der Mensch ist im Besitz der Wahrheit, auch der letzten Dinge.

Bei Bacon fällt sein feindliches Verhalten der Natur gegenüber sofort in den Blick. Ziel seiner Wissenschaft war für ihn vordergründig die Kontrolle und Beherrschung der Natur. Uns sind wohl in den Wissenschaften keine so krassen Aussagen und Vorgehensweisen gegen die Natur bekannt. Einmal spricht er auch davon, die Natur auszupressen wie eine Zitrone. Sein Bild von der Frau war ähnlich abschätzend geprägt, wahrscheinlich als Ergebnis seiner Hexenprozesse. Die Ausbeutung der Natur, die bis heute so typisch für die abendländische und globale Wissenschaft geworden ist, hat in Bacon wohl einen entscheidenden Ursprung.

Bereich Medizin

Die cartesianische Weltanschauung hat wie viele andere Bereiche zu lange die medizinischen Behandlungen bestimmt. „In den vergangenen dreihundert Jahren wurde unsere Kultur von der Anschauung beherrscht, unser menschlicher Körper sei eine Maschine, die man aus Sicht ihrer Einzelteile analysieren müsse. Geist und Körper sind getrennt, die Krankheit gilt als Fehlfunktion eines biologischen Mechanismus...“ (Capra, S.359). Für jeden Körperbereich gibt es daher ärztliche Spezialisten. „Das Zerlegen von Organismen in ihre Einzelteile führe nicht dazu, zu verstehen, was Leben ist. Es reiche nicht, Lebewesen nur als Objekte zu sehen, sondern auch als Subjekte mit Intentionen und Bedürfnissen. Es gelte, sich in die Lebewesen hineinzuversetzen, das zu sehen, was alles Leben verbindet.“ (Gerald Hüther, Wikipedia). Durch die Konzentration auf die körperlichen Einzelteile hat die Medizin aus den Augen verloren, dass der Mensch ein durch und durch ganzheitliches Wesen

ist. Allmählich gewinnt eine ganzheitliche und ökologische Gewissheit Raum in der Medizin. „Im engeren Sinn bedeutet Ganzheitlichkeit in der Medizin, dass der menschliche Organismus als ein System angesehen wird, dessen sämtliche Teile miteinander verbunden und voneinander abhängig sind“ (Capra, S.354). Der Begriff der Ganzheitlichkeit der menschlichen Person weitet sich und wird integraler Bestandteil weiterer umfassender Systeme. Dies bedeutet, „dass der individuelle Organismus sich in ständiger Wechselwirkung mit seiner physischen und gesellschaftlichen Umwelt befindet“ (Capra, S.355). Der Körper ist das Spiegelbild der Psyche und wer ihn beeinflusst, verändert damit auch sie und umgekehrt. „Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen physischen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit und Behinderung“ (Weltgesundheitsorganisation, WHO)

Bereich Frauen, Natur, Naturvölker, Klima

Die Festlegungen im 17. Jahrhundert zu Natur, Frauen, menschlichem Körper und Universum haben bis heute Bestand. Das Patriarchat war ja schon Jahrhunderte, besser Jahrtausende fest etabliert. Descartes und Bacon haben es noch weiter gefestigt. Bei Frauen und dem menschlichen Körper sind Fortschritte vorhanden. **Frauen** haben in ihren langen Kämpfen einiges erreicht, das Stimmrecht z.B. Aber von echter Gleichberechtigung kann noch keineswegs gesprochen werden. Der Familienrechtler F. W. Bosch hat 1953 noch formuliert: „Träger familiärer Autorität ist der Mann und Vater, natürlicher Wirkungskreis der Frau ist der häusliche Bereich“ (Prantls-Blick, 08.09.2019). Die Doppelbelastung ist ausschließlich bei Frauen zu finden.

Die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern betragen bei gleicher Arbeit immer noch 21 Prozent (Hans-Böckler-Stiftung, 2/2020). Der Anteil der Frauen im Bundestag liegt momentan bei 31,2 Prozent, anzustreben wären natürlich 50 zu 50. In der Wirtschaft ist der Aufholbedarf am größten. 633 Männer saßen z. B. Anfang 2020 bei den 160 größten börsennotierten deutschen Konzernen im Vorstand, Frauen nur 64 (Die Zeit, 20.02.2020). Gewalt gegen Frauen ist ein trauriges Thema, bei uns und vor allem welt-

weit. Neben dem Kampf um die Gleichberechtigung müssen Frauen besonders in bestimmten Ländern die alltägliche sadistische Gewalt ertragen und gegen sie kämpfen. In Chile z.B. werden täglich ca. 10 Frauen ermordet (taz, 08.03.2020). Es ist ein zäher, sehr langwieriger Kampf und die Frauen müssen ihn alleine führen. Das Postulat der minderen Verstandesleistung und die Zuordnung zur Natur hat für die Frauen fatale Auswirkungen ausgelöst. Es werde noch ca. hundert Jahre dauern, bis das Projekt Gleichberechtigung abgeschlossen ist (Weltwirtschaftsforum der UN, 12/2019).

Wie wir heute mit der **Natur**, den **Tieren** umgehen, ist eine direkte Folge der Aussagen von Descartes und Bacon. Es gibt keine Sprache von Lebewesen, nur die Sprache von Maschinen, Uhrwerken, von Folter, Hetze, Auspressen und Ausbeuten. Der Gipfel: Tiere kennen keinen Schmerz. Einfach nicht mehr zu verstehen.

Die Situation heute: Das Leiden der Tiere in der Massentierhaltung, die überlangen Tier-Transporte, das Schreddern der männlichen Küken (zu geringe Gewinnspanne), das Kastrieren der Ferkel mit dem Taschenmesser ohne Betäubung, das massive Artensterben in der Tier- und Pflanzenwelt (in der Evolution das 6. Massensterben, diesmal menschengemacht). Die großen Probleme, die wir mit der Luft, dem Wasser, den Meeren, den Böden haben, müssen hier ebenso erwähnt werden. Das Bild und der Umgang mit und von der Natur wurden analog auf die **Naturvölker** übertragen. Nach der Entdeckung Amerikas haben die Spanier die sog. Indianer nicht dem Menschengeschlecht zugeordnet. Erst ein Papst hat das in einer Bannbulle kritisiert und korrigiert. Das grausame Schicksal und die Zerstörung ihrer Reiche sind bekannt. Rinder- und Sojabarone vertreiben Ureinwohner in Brasilien aus ihren angestammten Lebensräumen. Der brasilianischen Präsidenten Bolsonaro hat die Vertreibung der indigenen Bevölkerung zu seinem Regierungsprogramm erhoben. Dabei spielt die EU mit ihrem neuen Freihandelsabkommen „Mercosur“ kräftig mit. Wie überall versuchen sich die Volksgruppen zu wehren. Ein Bündnis aus 45 indigenen Völkern in Brasilien spricht von Genozid, Ethnozid und Ökozid (Publik-Forum, 2/2020). Die Aktivistinnen und Aktivisten erleben Drohungen, Gewalt und auch Mord. „Allein 2019 waren acht Anfüh-

rer ermordet worden“ (Publik-Forum, 2/2020). Nicht wenige, mutige Frauenrechtlerinnen und mutige Naturschützer weltweit bezahlen ihren Einsatz mit ihrem Leben. So wurden im Februar 2020 erst wieder zwei Naturschützer tot aufgefunden (Greenpeace-Magazin, 06.02.2020).

Die **Klimakatastrophe** wird um ein Vielfaches größer werden als die aktuelle Corona-Krise. Durch letztere wird die Klimadebatte völlig verdrängt. Aber das Hungern, Verdursten, Vertreiben, die Wetterextreme, das Leid und das Sterben werden Ausmaße erreichen, die wir uns nicht vorstellen können oder wollen.

Wege in eine bessere Welt

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts fand ein grundlegender Paradigmenwechsel statt, es entstand etwas ganz Neues, was es bisher so nicht gab. Viele sprechen von einem weiteren Epochensprung in der Evolution. Zwei entscheidende Entwicklungen in der Physik, nämlich die Relativitätstheorie Albert Einsteins und die Quantentheorie. Sie beendeten mit einem Schlag die cartesianische Weltanschauung und die Newtonsche Mechanik. Hier weitere bedeutende Namen dieser Zeit: Bohr, Heisenberg, Pauli, Bohm, Gröndinger, Plank u. a. Ihre Ergebnisse waren sensationell, haben großes Staunen und Ehrfurcht bei den Wissenschaftler*innen und in der Bevölkerung ausgelöst. Die neue Physik erforderte tiefgreifende Änderungen in der wissenschaftlichen Sicht auf z. B. Raum, Zeit, Materie, Gegenstand, Ursache und Wirkung. Die neuen Erkenntnisse ergaben eindeutig, „dass die Gesetze der klassischen Physik in atomaren und subatomaren kleinen und astronomisch großen Dimensionen keine Gültigkeit mehr haben“ (Anders Indset, Quantenwirtschaft, S.164). Die Physiker*innen waren selber sehr erstaunt über ihre Entdeckungen und hatten Mühe die Ergebnisse zu verstehen. Werner Heisenberg: „Kann die Natur wirklich so absurd sein, wie sie uns in unseren atomaren Experimenten erscheint, ein Gefühl entsteht, als würde mir der Boden, auf dem die Wissenschaft steht, unter den Füßen weggezogen,“ ... „unsere Welt ist im Kern eben nicht rational, sondern folgt bizarren, quantistischen Gesetzen, die wir bislang nicht annähernd verstanden haben.“

Im Hinblick auf das Welt- und Menschenbild des 17. Jahrhunderts mit R. Descar-

tes, I. Newton und F. Bacon entdeckten die Wissenschaftler*innen des 20. Jahrhunderts meist genau gegenteilige Ergebnisse. Die Maschinen-Theorien Descartes waren augenblicklich ungültig. „Das Universum wird nicht mehr als Maschine betrachtet, die aus einer Vielzahl von Objekten besteht, sondern muss als ein unteilbares, dynamisches Ganzes beschrieben werden, dessen Teile auf ganz wesentliche Weise in Wechselwirkung stehen“ (Capra, S.80). Um dem Neuen Raum zu geben, „müssen wir uns endgültig vom mechanischen Weltbild der klassischen Physik und von rein logisch mathematischen Betrachtungen lösen“ (Indset, S.254). Ebenso ist die Newtonsche Gewissheit, die Natur lasse sich restlos erklären und verstehen, ihre letzten Geheimnisse seien gelüftet, dahin. „Die Physik des 20. Jahrhunderts hat uns sehr deutlich gezeigt, dass es in der Wissenschaft keine absolute Wahrheit gibt, dass alle unsere Vorstellungen und Theorien nur begrenzt gültig sind und sich der Wirklichkeit nur annähern“ (Capra, S.56). Auch hier das Gegenteil. Wir müssen akzeptieren, dass die Welt durch die Quantenphysik seltsam und unvorhersehbar geworden ist (Indset, S.254). H. P. Dürr: „Im Grunde dominiert die immaterielle Beziehung, reine Verbundenheit, das Dazwischen, die Veränderung, das Prozesshafte, das Werden, eine Wirklichkeit als Potentialität.“ Die Vorstellung von der Ganzheit, von Verbundenheit steht im Zentrum der neuen Erkenntnisse. „Alles im Universum ist auf eine merkwürdige Art miteinander verbunden.“ (M. Chown, Physiker). D. Bohm sagt: Die reale Welt sei nach denselben allgemeinen Prinzipien strukturiert, wobei das Ganze jeweils in jedes seiner Teile eingebettet ist. Nur zwei Beispiele von rätselhaftem Verhalten in der Quantenphysik: „Nichtlokalität: Partikel können gleichzeitig an zwei verschiedenen, beliebig weit auseinander entfernten Orten sein.

Teilchen und Welle: Die Partikel sind nicht darauf festgelegt, Materie oder Energie zu sein, sondern können zugleich die Eigenschaften von klassischen Teilchen und von klassischen Wellen haben. Im Experiment „entscheiden“ sie sich erst dann für einen von beiden, wenn sie durch einen Beobachter dazu „gezwungen“ werden (Indset, S.166). Wie und warum das so geschieht, ist bis heute ungelöst. Da bleibt nur Staunen.

„In ihrem Bemühen, diese neue Wirklichkeit zu begreifen, wurden die Wissenschaftler*innen sich schmerzlich dessen bewusst, dass ihre Grundbegriffe, ihre Sprache und ihre ganze Art zu denken nicht ausreichten, die atomaren Phänomene zu beschreiben“ (Capra, S.78). Im Zuge dieser Grenzerfahrungen knüpfen die Wissenschaftler*innen Verbindung zu **spirituellen und transzendenten Elementen**. H.P. Dürr hat in diesem Sinne das Buch „Physik und Transzendenz“ herausgegeben und bringt darin eine ganze Reihe von Beispielen:

D. Bohm: „Die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaften werden nur einen Sinn ergeben, wenn wir eine innere, einheitliche und transzendente Wirklichkeit annehmen, die allen äußeren Daten und Fakten zu Grunde liegt.“ A. Einstein: „Das schönste und tiefste Gefühl, das wir erfahren können, ist die Wahrnehmung des Mystischen. Sie ist die Quelle aller wahren Wissenschaft.“ Exemplarisch auch C. Bresch: „Man kommt ins Staunen und kann eigentlich nicht anders, als Alles auf einen Ursprung zuführen, das heißt, davon auszugehen, dass im Ursprung des ganzen Universums diese Entwicklung bereits begründet ist. Und dann ist nicht mehr weit, Ehrfurcht vor diesem Geschehen zu verspüren und religiös zu werden“ (Publik-Forum, 10/1994).

Im Gegensatz zum Dualismus haben die Quantenphysiker/Innen die Begriffe **Einheit, Ganzheit und Verbundenheit** als dominierende Prinzipien ihrer grandiosen Entdeckungen benannt. Und dies als Wissenschaftler/Innen. Wir hätten es eher von Psychologen und Philosophen erwartet. Wenn ich mich mit einer Person eng verbunden weiß, spüren wir beide Nähe, Freude, Verstehen, Verlässlichkeit, Sicherheit und Wohlergehen. Wenn einer oder eine Probleme, Schwierigkeiten hat, geschieht alles, um Trost, Hilfe, Unterstützung zu geben, zum wieder Gutgehen, zur Genesung und erneutem Wohlfühl. Analog können wir diese Merkmale einer engen menschlichen Beziehung auf die Allverbundenheit in Welt und Universum übertragen. H.P. Dürr geht einen Schritt weiter: „Denn Allverbundenheit, die wir Liebe nennen können und aus der Lebendigkeit spießt, ist in uns und in allem anderen von Grund auf angelegt“. Hätten wir längere Zeit schon nach diesen Prinzipien einer tiefen Verbundenheit gelebt, gewirt-

schaftet, so sähe die Welt wohl anders aus. Wenn es uns gelingt, Allverbundenheit zu verinnerlichen, gehen wir mit uns und allem behutsam, achtsam um. Wenn wir andres schädigen, zerstören, fällt es ja auf uns selber zurück. Wir sind nicht die Krone der Schöpfung, wir sind Teil der Natur, Teil des Ganzen. Dies erkannt, sprechen wir nicht mehr von „Umwelt“, sondern von „Mitwelt“. Da alles miteinander verbunden ist, werden wir ganz andere Einstellungen zu unseren Mitmenschen, zu allen Tieren und Pflanzen, zur gesamten Natur verinnerlichen – Achtsamkeit, Mitgefühl. Achtsamkeit heißt schätzen, schützen, hegen und pflegen. Mit einem solchen Bewusstsein brauchen wir keine ethischen Appelle mehr.

Die gänzlich neuen Erkenntnisse in den verschiedenen Wissenschaftsbereichen haben zudem den verloren gegangenen Vorgang des **Stauens** wiederbelebt. Je absurder, je rätselhafter ihre Entdeckungen waren, umso größer war ihr Staunen. Staunen über die Rätsel, über die Großartigkeit und Schönheit des Lebens, der Evolution und des Kosmos. Es ist doch interessant, dass für die Mystiker in allen Religionen das Staunen ein wesentlicher Ausdruck ihrer Spiritualität war. Das gilt ebenso für die Naturvölker.

In den Medien finden sich seit längerer Zeit vermehrt Berichte über die Schönheit, Klugheit und Lebensintelligenz bei Tieren und Pflanzen. Auch das löst Staunen, Bewunderung aus.

Der Biologe Stefano Mancuso betitelt sein Buch. „Die Intelligenz der Pflanzen“ und beschreibt darin viele Beispiele. Allseits verblüffende Intelligenzleistungen um gut zu leben, sich anzupassen, zu überleben. Das Staunen-Können löst weitere äußerst positive Prozesse aus. Was wir bestaunen, bewundern wir, schätzen wir, unterstützen wir, fördern, hegen, pflegen wir. Unser Handeln ist von Mitgefühl und Achtsamkeit getragen. In uns manifestiert sich das, was A. Schweitzer „Ehrfurcht vor dem Leben“ nennt. So spricht er ebenfalls: „Leben erhalten, Leben fördern, entwickelbares Leben auf seinen höchsten Wert bringen.“

Noch ein Anlass zum Staunen: In immer mehr wissenschaftlichen Disziplinen wächst der Konsens, dass jedem Lebewesen die Fähigkeit zur Selbstorganisation gegeben ist. Der Biologe R. Sheldrake war

wohl der erste. Er sprach 1981 von morphogenetischen Feldern. Seine Thesen waren umstritten. Der Biologe H. Maturana prägte später den Begriff „Autopoiesis“ (selbst schaffen, bauen). Dies beschreibt eine Selbsterhaltung bei Lebewesen, die Fähigkeit zur Selbstorganisation. Gerald Hüther in neuerer Zeit: Gemeinsam ist allem Leben eine Fähigkeit zur Selbstorganisation, der Autopoiesis (Wikipedia). Der Biologe S. Maruso berichtet in seinem Buch, dass Pflanzen in sich und mit Ihresgleichen kommunizieren. „So hüten sie sich vor Gefahren, sammeln Erfahrungen und erkunden den eigenen Körper und ihre Umwelt“ (S.85). Mit dieser Lebensintelligenz gelingt es den Lebewesen, ihr Leben zu meistern, gut zu leben, sich anzupassen, zu überleben.

„Die Zukunft ist weiblich“ (eigener Abschnitt bei A. Indset)

Die Zukunft kann nicht rein weiblich sein. Aber längst überfällig ist, dass es zu einer echten Balance zwischen Frauen und Männern kommt. Die Männer müssen das endlich zulassen, die Frauen kämpfen schon lange darum. Wenn die Wende zu einer nachhaltigen Zukunft gelingen soll,

ist auch diese Änderung essenziell. Der Zustand der Menschheit, der Natur, des Planeten ist rein „männern gemacht“. Das Leben, die Menschen, die Natur, die Ressourcen, die Lebensräume, das Klima werden wegen einer immer größeren Gewinnspanne, dem Profit, einem unbegrenzten Wachstum auf einem begrenzten Planeten gnadenlos und unverantwortlich geopfert. Solange Männer alleine entscheiden, wird das so bleiben. A. Indset zitiert den amerikanischen Psychiater D. Amen, der sich mit den Stärken von Frauen beschäftigt. „Amen führt fünf Stärken von Frauen auf, die sie in besonderer Weise als Führungskräfte qualifizieren: Empathie, Zusammenarbeit, Intuition, Selbstkontrolle und Verantwortungsbewusstsein“ (Indset, S.111). Demnach sind Frauen sogar besonders geeignet, Führungsarbeit im 21. Jahrhundert mitzutragen. Hier und überall müssen in den familiären, den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Prozessen die Frauen gleichgewichtig mit ins Boot genommen werden. Entscheidend wird sein, dass Frauen an allen Entscheidungen mitentscheiden.

Vorsicht ist geboten, da aktuell ein Erstarren des Patriarchats durch die Rechtspopulisten wieder wächst

Sepp Stahl, Mai 2020

Mitgefühl das höchste Gut

Auszüge aus einem Text des indischen Psychoanalytikers Sudhir Kakar

Aus „Die Zeit“ 16/2020

In Tagores Worten: „Die schöpferische Kraft, die für die wahre Einigung in der menschlichen Gesellschaft gebraucht wird, ist die Liebe; Gerechtigkeit ist nur ihr Begleitelement, wie das Schlagen der Trommeln zu einem Lied.“

Mitgefühl, der wichtigste Bestandteil der Menschlichkeit, ist die höchste Manifestation der menschlichen Seele. Vielleicht ist der Aufstieg zum Gipfel des Mitgefühls nur reifen Mystikern und Heiligen möglich. Man kann die spirituelle Reise unseres Lebens mit einer Bergbesteigung vergleichen, bei der es auf dem Weg zum Gipfel mehrere Basislager gibt. Das erste Lager,

von dem aus man den wolkenverhangenen Gipfel noch nicht sehen kann, ist die Toleranz. ... Das zweite, etwas höher gelegene Lager lässt sich als Mitleid verstehen, während das dritte und letzte Lager, von dem aus man den Gipfel erklimmt, die Empathie ist, das Einfühlen in eine andere Person, obwohl man sich natürlich auch in die Natur einfühlen kann. Der spirituelle Aufstieg nährt also zunehmend tiefe Gefühle der liebenden Verbundenheit. ...

Wenn Mitgefühl das erste Anzeichen der Menschlichkeit ist, gibt es dann auch ein zweites? Die tätige Sorge um das Wohlergehen anderer Menschen ist das zweite

Merkmal der Humanität. Mitgefühl zu entwickeln allein reicht nicht aus, sondern schließt die Verantwortung ein, dieses im täglichen Leben sowie in der Gesellschaft und ihren Intuitionen praktisch wirksam werden zu lassen. ...

Wir werden als Menschen geboren, aber es bedarf einer lebenslangen Anstren-

gung, um menschlich zu werden. Menschlichkeit ist nie eine einmalige Errungenschaft, sondern wird ständig auf die Probe gestellt – wie in der gegenwärtigen Pandemie, die soziale Isolation erfordert, während die Menschlichkeit verlangt, in der Distanz aufs Engste verbunden zu sein.

Sepp Stahl

Themenbereich Schöpfung

Offener Brief an die weltweite Ökumene zur „Wuppertaler Erklärung“:

Die Zeichen der Zeit nicht verkennen!

„Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind.“ (Sprüche 31,8)

„Es reicht nicht, die Opfer unter dem Rad zu verbinden. Man muss dem Rad selbst in die Speichen fallen.“ (Dietrich Bonhoeffer)

In Anbetracht der tief greifenden globalen ökologischen Krise kamen im Juni 2019 Repräsentant*innen aus zahlreichen Ländern und verschiedenen Konfessions- und Glaubensstraditionen zu einer Konferenz mit dem Titel „Together towards eco-theologies, ethics of sustainability and eco-friendly churches“ in Wuppertal/Deutschland zusammen. Die deutschen Veranstalter – Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Evangelisches Missionswerk (EMW), Vereinte Evangelische Mission (VEM) und Brot für die Welt – nutzten die von den Teilnehmenden verabschiedete „Wuppertaler Erklärung: Kairos für die Schöpfung – Hoffnungsbekenntnis für die Erde“ (siehe Anhang dazu), mit Blick auf die im September 2021 ebenfalls in Deutschland stattfindende 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) einen weit reichenden Vorschlag zu platzieren: Die weltweite ökumenische Bewegung wird dazu aufgerufen, gemeinsam eine „Dekade des ökologischen Lernens, Bekennens und Handelns gegen den Klimawandel“ zu planen und diese bei der ÖRK-Vollversammlung auszurufen.

So wünschenswert ein auf die globale Klimakrise zugespitzter Arbeitsschwerpunkt des ÖRK im Prinzip auch sein mag, so wenig zielführend erscheint uns, den Unterzeichnenden, wenn dieser deren eigentliche Ursache verschleiert, wie es in der Wuppertaler Erklärung der Fall ist. Denn diese lässt den systemischen Charakter der Krise unserer kapitalistischen Zivilisation weitgehend außer Acht und reduziert stattdessen die notwendige Veränderung auf eine zuvorderst ökologisch definierte Transformation. Angesichts der „multiplen Krise“ der herrschenden (Un)Ordnung liegt aber längst auf der Hand, dass sich die Frage nach ökologischer nicht mehr von der Frage nach wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit trennen lässt und eine Lösung demnach nicht in einem schrittweisen „Heraustransformieren“ aus unserer fossil basierten Produktionsweise bestehen kann. Vielmehr geht es um die Überwindung der „imperialen Lebensweise“ und ein grundsätzlich anderes Wirtschaftssystem.

Mit seiner verkürzten und einseitigen „Analyse“ ignoriert und konterkariert der Wuppertaler Vorschlag die umfassende und grundlegende Kritik an den weltwirt-

schaftlichen Strukturen, wie sie die weltweite Ökumene zwischen 1983 und 2013 im Rahmen ihrer systematischen Auseinandersetzung mit der ökonomischen Globalisierung formuliert hatte und wie sie auch in ökumenischen Erklärungen der jüngeren Vergangenheit zur Notwendigkeit einer neuen internationalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA) zum Ausdruck gebracht wurde.

Einhelliger Tenor der klaren, über viele Jahre hinweg auf der weltweiten Ebene gewonnenen Einsichten ist dabei, dass – wie es der Lutherische Weltbund bereits 2003 bei seiner 10. Vollversammlung formulierte – die vorherrschende ökonomische Ordnung samt der deren Mechanismen bestimmenden Ideologie einem „Götzendienst“ gleichkommt, da „der auf Privateigentum, ungezügelter Wettbewerb und der unabänderlichen Geltung von Verträgen aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht“. Die tieferen Wurzeln der hieraus resultierenden massiven Bedrohung des Lebens wurden ein Jahr später als „das Produkt eines ungerechten Wirtschaftssystems [erkannt], das mit politischer und militärischer Macht verteidigt und geschützt wird. Wirtschaftssysteme sind eine Sache von Leben und Tod“ – so der Reformierte Weltbund in seinem „(Accra-)Bekenntnis des Glaubens angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“ von 2004. Ebenso deutlich brachte es der ÖRK in seinem „Aufruf zum Handeln: Ökonomie des Lebens, Gerechtigkeit und Frieden für alle“ von 2012 zum Ausdruck: „Habgier und Ungerechtigkeit, das Streben nach schnellem Profit, ungerechte Privilegien und kurzfristige Vorteile auf Kosten langfristiger und nachhaltiger Ziele sind die Grundursachen der verflochtenen Krisen (...). Diese lebenszerstörenden Werte (...) dominieren die heutigen Strukturen.“

Auf diesem Hintergrund lautete für die weltweite Ökumene die theologisch-ökologische Konsequenz nahezu unisono: dass die Frage der globalen wirtschaftlichen Gerechtigkeit eine für den Gottesglauben und die Nachfolgegemeinschaft als Christ*innen grundlegende Frage darstellt und das herrschende Wirtschaftssystem aus Glaubensgründen mit dem Christ- und Kirchesein unvereinbar ist. Deshalb sollten jetzt deutlicher denn je die vorherrschenden sozio-ökonomischen und

geo-strategischen Machtstrukturen in Frage gestellt und die Überwindung der (neo-) kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise mit dem Ziel der Entwicklung zukunftsfähiger Alternativen eingefordert werden.

Die von prophetischem Geist getragene ökumenische Beschlusslage, die seit dem Pontifikat von Franziskus ein erfreulich deutliches Einvernehmen mit dem Lehrschreiben „Evangelii Gaudium“ und der Enzyklika „Laudato si“ aufweist, findet indes nur selten Eingang in die konkrete Praxis der ökumenischen Bewegung und der Kirchen. Allzu oft bleibt das ökumenische Agieren aufgrund einer zur Vermeidung von Konflikten mit politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger*innen für geboten erachteten „Zurückhaltung“ auf Forderungen nach bloß kosmetischen Reformen des strukturell zerstörerischen globalen ökonomischen Systems beschränkt – wie eben auch in der Wuppertaler Erklärung, in der ausgespart bleibt, dass sich soziale ebenso wie Klimagerechtigkeit für alle Menschen nur durch eine fundamentale sozial-ökologische Transformation erreichen lassen. Und dies erfordert letztlich eine radikale Abkehr von den unser Wirtschaften bislang dominierenden kapitalistischen Triebfedern Wachstum und Profit und die Hinwendung zu einer das Gemeinwohl und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellenden Ökonomie. Oder um es mit den Worten der weltweiten Klimabewegung „Fridays for Future“ zu sagen: „system change, not climate change!“

Das ökumenische Großereignis der 11. Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe und die Wahl eines neuen Generalsekretärs im März diesen Jahres bieten Gelegenheit, die aus unserer Sicht unerlässliche Neuausrichtung des ÖRK im Sinne einer (wieder) viel intensiveren und vor allem auch entschiedeneren Auseinandersetzung mit den Überlebenskrisen von Menschheit und Schöpfung sowie ihren Ursachen auf den Weg zu bringen. Dabei kann durchaus eine Dekade für die Zukunft der Erde den Rahmen bilden, aber in einer der Gefährlichkeit der Bedrohungen angemessenen Tiefe. In Anbetracht der dramatischen Zeichen der Zeit möchten wir mit diesem Offenen Brief dafür plädieren, die Debatte hierüber bereits im Vorfeld der Vollversammlung in einer die gesamte Breite der ökumenischen Bewe-

gung berücksichtigenden (ergebnis-)offenen Auseinandersetzung und nicht erst in Karlsruhe selbst zu beginnen.

Die Konferenz wurde vom Evangelischen Missionswerk (EMW), der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Vereinten Evangelischen Mission (UEM), Brot für die Welt und dem Weltkirchenrat gemeinsam verantwortet und organisiert

Kairos für die Schöpfung – Hoffnungsbekenntnis für die Erde. Die Wuppertaler Erklärung

„Und [wenn] mein Volk, über das mein Name ausgerufen ist, sich demütigt und betet, mich sucht und von seinen schlechten Wegen umkehrt, dann höre ich es im Himmel. Ich verzeihe seine Sünde und bringe seinem Land Heilung.“ (2. Chron 7,14). “Wenn also jemand in Christus ist, dann ist er eine neue Schöpfung: Das Alte ist vergangen, siehe, Neues ist geworden. Aber das alles kommt von Gott, der uns durch Christus mit sich versöhnt und uns den Dienst der Versöhnung aufgetragen hat“ (2. Kor 5,17-18).

Präambel

Vom 16. bis 19. Juni 2019 trafen sich 52 Teilnehmende aus 22 Ländern aus verschiedenen Konfessions- und Glaubens-traditionen in Wuppertal für eine Konferenz mit dem Titel: „Together towards eco-theologies, ethics of sustainability and eco-friendly churches“. In Wuppertal haben wir des mutigen Bekenntnisses gedacht, das in der Barmer Theologischen Erklärung (1934) gegen die totalitäre, unmenschliche und rassistische Ideologie der damaligen Zeit formuliert wurde. Barmen ermutigt uns auch heute zu einer „frohe[n] Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.“ (Barmen 2). Wir haben Geschichten aus Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika, Nordamerika und Ozeanien miteinander geteilt. Wir haben darin die Schreie der Erde und die Schreie der Menschen gehört, die von den Folgen des Klimawandels am schmerzlichsten getroffen werden. Dies sind besonders Kinder und ältere Menschen. Wir haben die Schreie von jungen Menschen gehört, die intergenerationelle Gerechtigkeit fordern und wir haben die Sorgen von Klimaexperten über aktuelle Klimatrends vernommen. Wir erkennen die Dringlichkeit der vor uns liegenden Jahre an und wollen trotzdem in dieser Situation Mut zur Hoffnung haben. Wir fühlen uns verpflichtet, die globale ökumenische Bewegung zu einer umfassenden ökologischen Transformation der Gesellschaft aufzurufen.

Kairos: eine entscheidende Wende auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Frieden

Die ökumenische Bewegung hat sich schon lange zu einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens und der Integrität der Schöpfung bekannt. Diese Ziele erfordern dringlich neue Schritte auf dem vor uns liegenden Weg der ökologischen Gerechtigkeit. Die Dringlichkeit der Krise verlangt von uns, die Zeichen der Zeit zu lesen, Gottes Ruf zu hören, dem Weg Christi zu folgen, die Bewegung des Heiligen Geistes erkennen zu lernen und die positiven Initiativen der Kirchen weltweit wahrzunehmen, die darauf schon entschieden antworten. Die Symptome der Krise berühren alle Bereiche und Bausteine des Lebens und sind deutlich für alle erkennbar: ⊥ Das Trinkwasser ist verseucht; Gletscher schmelzen; Ozeane sind mit Plastik verschmutzt und Korallenbleiche und Versauerung bedrohen die Meere (das Element Wasser). ⊥ Das Land wird durch nicht nachhaltige Landwirtschaft und ungesunde Essgewohnheiten zerstört, extraktive Ökonomien, von denen globale Firmen profitieren, Entwaldung, Desertifikation und Bodenerosion bedrohen die Erde; Tiere ächzen und Kreaturen werden genetisch verändert; Fischpopulationen werden ausgerottet und der Verlust von natürlichen Habitaten führt zu einem nie dagewesenen Verlust an Biodiversität (das Element Erde). Das Land und die Gesundheit der Menschen werden durch industrielle, landwirtschaftliche, städtische und nukleare Formen von Müll und durch Pestizide und Chemikalien gefährdet. Immer mehr Menschen werden durch diese Landzerstörungen dazu gezwungen zu migrieren und werden zu Klimaflüchtlingen. ⊥ Die globalen Kohleemissionen

steigen weiter an, Treibhausgase sammeln sich in der Atmosphäre und das Klima wird gestört (das Element Luft).

┘ Die Nutzung von Energie aus fossilen Brennstoffen treibt diese Veränderungen an (das Element Feuer). Das empfindliche System der Schöpfung wurde im Anthropozän in einem nie dagewesenen Ausmaß gestört. Wir haben die planetaren Grenzen überschritten. Die Erde scheint nicht länger in der Lage dazu zu sein, sich selbst zu heilen. Die gesamte Schöpfung seufzt. (Röm 8,22). Wir haben es nicht vermocht, unsere ökumenischen Grundanliegen im Auge zu behalten: das Anliegen der Gerechtigkeit inmitten von Armut, von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit, das Anliegen einer partizipativen Gesellschaft inmitten von gewalttätigen Konflikten und das Anliegen von Nachhaltigkeit inmitten von ökologischer Zerstörung. Obwohl Menschen nicht überall auf der Welt in gleichem Maße zu den Ursachen der Klimakrise beigetragen haben, kommen wir als Christ*innen gemeinsam zusammen und bekennen unsere Mitschuld und unsere Gefangenheit in der Sünde: ┘ Wir waren arrogant darin anzunehmen, dass die ganze Erde sich um uns Menschen und unsere Bedürfnisse dreht (die Sünde des Hochmuts). ┘ Wir haben uns von unserem katastrophalen Wunsch nach unbegrenztem materiellem Wachstum einfangen lassen und wurden von einer allgegenwärtigen Konsumkultur angetrieben (die Sünde der Gier). ┘ Wir haben Gottes Geschenke missbraucht, wir haben in Gewalt gegen Gottes Kreaturen verstricken lassen und die Menschenwürde verletzt (die Sünde der Gewalt). ┘ Wir haben uns von dem Land unserer Vorfahren und von indigenen Wissenstraditionen entfernt und die Verbindung zu Tieren als Mitgeschöpfen und zur Erde als unserer gott-gegebenen Heimat verloren (die Sünde als Abwesenheit des Guten). ┘ Wir wurden von Torheit, Ungerechtigkeit, Verleugnung und Gier überwältigt (die Sünde der Lasterhaftigkeit). ┘ Wir waren zu langsam darin, unsere Verantwortung dafür anzuerkennen die entscheidende Krise unserer Zeit zu thematisieren (die Sünde der Faulheit). Die Authentizität des ökumenischen Zeugnisses wird durch Verzerrungen des Evangeliums, von toxischen Narrativen und Theologien unterminiert, die eine totalitäre Logik von Tod und Zerstörung legitimieren. Dies sind Theologien, die Herrschaft

unter Vorwänden von "Rasse", Geschlecht, Klasse oder Spezies und insbesondere das Patriarchat stützen; in diesen falschen Perspektiven werden Himmel und Erde, Seele und Körper, Geist und Materie dualistisch und reduktionistisch aufeinander bezogen. Solche Narrative oder Theologien verleugnen anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse oder machen diese lächerlich, mit dem Interesse, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie wiederholen den Mythos vom unendlichen Wachstum oder vertrauen allein auf technische Lösungen für ökologische Probleme, statt auf umfassendere kulturelle, moralische und spirituelle Lösungen zu setzen. Solche Narrative und Theologien äußern sich in Formen eines Pseudo-Evangeliums, in denen die bloße Akkumulation von Reichtum als Letztwert erscheint oder auch im Versuch, sich selbst zu entlasten durch permanente Verschiebung der Verantwortung auf andere oder gar eskapistische Deutungsversuche für Opfer von Klimaungerechtigkeit. Hoffnung: Mut in Zeiten der Angst und Hoffnungslosigkeit Inmitten einer Hoffnungslosigkeit, die sich in einer bisher unbekannt raschen Weise angesichts der Klimakrise verbreitet, verkünden wir - inmitten einer seufzenden Schöpfung - die Hoffnung auf den dreieinigen Gott, „denn auf Hoffnung hin sind wir gerettet.“ (Röm 8,24). Gott hat die Erde nicht aufgegeben! Wir halten an Gottes Versprechen im Noah-Bund mit der ganzen Schöpfung fest, den er mit „den lebendigen Wesen bei euch für alle kommenden Generationen“ (Gen. 9,12) geschlossen hat. Wir glauben an Gottes Nähe, wie er sie uns in Jesus Christus inmitten der ganzen von Menschen verursachten Misere offenbart hat. Wir werden von der Kraft des Heiligen Geistes getröstet, der „das Angesicht der Erde erneuert.“ (Ps. 104, 30). Mit Blick auf wirtschaftliche und politische Narrative, die unser Verständnis von gelingenden Beziehungen zwischen Menschen, Schöpfung und Schöpfer verzerren, mag diese Hoffnung kontrafaktisch und widersinnig erscheinen. Die Hoffnung, die wir verkünden, hat aber nicht allein eine kritische Funktion, indem unterdrückende und patriarchale Systeme kritisch herausgefordert werden, sondern auch eine ermutigende Funktion, indem sie uns dazu inspiriert, an der Heilung der Erde aktiv Teil zu haben (2. Chron 7,14). Hoffnung ist nicht das gleiche wie blinder Optimismus,

der allein auf die Fortschreibung aktueller Trends setzt. Christliche Hoffnung ist nicht billig; sie kostet etwas, sie ist eine teure Hoffnung. Sie hat Bestand trotz überwältigender gegensätzlicher Evidenz für die Zeichen des fortschreitenden Klimawandels, weil sie ihren Grund in dem dreieinigen Gott hat und aus ihm selbst hervorgeht. Es ist eine solche Hoffnung, die uns ermutigt und uns zu einer umfassenden ökologischen Transformation unserer Gesellschaft nötigt.

Ein Aufruf an die weltweite ökumenische Bewegung: Im Herzen der ökologischen Transformation steht die Notwendigkeit einer ökologischen Umkehr/Konversion (metanoia), eine tiefe Veränderung in den Herzen, Köpfen, Einstellungen, Gewohnheiten und im Handeln (Röm 12,1-2). Diese Veränderung hat Auswirkungen auf alle Aspekte des Christlichen Lebens: auf Liturgie und Anbetung, auf das Lesen der Bibel, auf die Verkündigung und auf die Sakramente, auf die Gemeinden und ihr Glaubensleben, auf Beten, Fasten, Spiritualität, Doktrin, Ethos, Bildung, Kunst, Musik, Ämter und missionarische Projekte. In dieser ökologischen Reformation des gesamten Christentums wurden und werden wir von unseren Vätern und Müttern im christlichen Glauben, durch Beispiele von unseren Glaubensgeschwistern weltweit und von Kirchenleitenden aus der gesamten Ökumene, wie beispielsweise dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus, von Papst Franziskus, und vom ehemaligen Erzbischof Desmond Tutu und vielen weiteren ermutigt. Wir rufen die globale ökumenische Bewegung, christliche Weltbünde und alle anderen Kirchen dazu auf, gemeinsam eine 10jährige Dekade des ökologischen Lernens, Bekennens und Handelns gegen den Klimawandel zu planen, um die folgenden Punkte zu Prioritäten der Kirchen weltweit zu machen:

1. Die ganze Bandbreite der liturgischen und spirituellen Formen und altkirchlichen Traditionen mit Bezug zur Schöpfung im Licht des gegenwärtigen ökologischen Kairos bewusst zu machen und zu erneuern;
2. Die biblischen Texte unter dem Aspekt der ökologischen Sensibilität neu zu lesen und zu interpretieren;
3. Rahmenprogramme zu erstellen, die Klimabewusstsein in Kirchengemeinden zu stärken und ihnen das dafür benötigte Personal, das Know-How und die finanzi-

ellen Ressourcen zu bieten und die schon existierenden Basisinitiativen unterstützen;

4. Gendergerechtigkeit in Kirchen und Gesellschaften zu fördern, da sie auf vielen Ebenen mit dem Klimawandel verknüpft ist;

5. Junge Menschen zu ermutigen, Führungsrollen in Kirchen und Gesellschaften zu übernehmen und dort für ihre Zukunft einzutreten;

6. Schöpfungstheologische und nachhaltigkeitsbezogene Reflektionen in allen Ebenen der Bildung zu etablieren;

7. Ökologische Werte zu kultivieren und nachhaltige Lebensstile in Haushalten und Gemeinschaften zu fördern;

8. Laien für ihre Berufung so auszustatten, dass sie ökologische Verantwortung übernehmen können, wo auch immer sie leben, arbeiten und beten;

9. Sich in multi-disziplinärem Dialog zu engagieren, der die Erkenntnisse der Naturwissenschaften, der indigenen Traditionen und diverser Theologien zusammenbinden und ihnen Rechnung tragen kann;

10. Für interdisziplinäre Verbindungen, Netzwerke und Partnerschaften mit allen Bereichen der Regierung, mit Wirtschaft und Industrie, mit der Zivilgesellschaft, mit interreligiösen ökologischen Netzwerken, mit anderen Glaubensgemeinschaften und mit allen Menschen einzutreten, die die Verpflichtung mit uns teilen, nachhaltige Alternativen zu den aktuell dominanten Produktions- und Konsumformen zu finden.

Mit Blick auf die anstehende 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Jahre 2021 empfehlen wir dem ÖRK insbesondere, dass er eine Dekade des ökologischen Handelns für die Schöpfung/Dekade der Sorge für die Schöpfung mit den folgenden Zielen ausruft: ┘ Die Mitgliedskirchen dafür zu mobilisieren, dass sie ihre Prioritäten auf die Verpflichtungen dieser Wuppertaler Erklärung ausrichten; ┘ Die Agenda der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen durch verschiedene Allianzen, Netzwerke und Partnerschaften zu unterstützen und gleichzeitig über die SDG-Agenda hinauszugehen, um die Definitionen von Wachstum, Reichtum und Wohlbefinden, die in der SDG-Agenda noch nicht hinreichend geklärt sind, im Hinblick auf die planetaren Grenzen nachhaltig zu bestimmen. ┘ Globale Entscheidungsträger*innen davon überzeugen, dass der

Anstieg der globalen Treibhausgas-Emissionen so bald wie möglich gestoppt werden und drastisch reduziert werden muss, um Netto-Emissionsfreiheit und das 1,5 Grad Ziel doch noch zu erreichen. L Den Prozess der Vereinten Nationen zu unterstützen, einen Rahmen für eine rechtlich verbindliche "Universale Erdrechte-Charta" zu erschaffen ("Universal Charter of the Rights of Mother Earth" (Cochabamba 2010)), ein internationales Rechtssystem für die Umweltrechte („Earth Jurisprudence“) zu fixieren und die Möglichkeiten für einen „Rat für die Rechte der Natur“ („UN Council for the Rights of Nature“) und für eine Anerkennung von „Ökozid“ als Strafrechtstatbestand vor dem internationalen Strafgerichtshof auszuloten.

Komm, Heiliger Geist, erneuere unsere Schöpfung!

Diese Selbstverpflichtungen folgen aus dem Verständnis dieses Kairos Momentes in der Geschichte, in dem wir uns gerade wiederfinden. Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist immens und wird Jahrzehnte größten Engagements fordern. Die Dringlichkeit der Situation lässt eine verspätete Antwort auf diese umfassenden Herausforderungen nicht zu. Das nächste Jahrzehnt wird entscheidend sein, um der Erde eine Zeit der Erholung zu ermöglichen. Die biblischen Motive des Sabbats und des Jubeljahres bieten eine einzigartige Quelle der Hoffnung und Inspiration, auf eine Unterbrechung im Kreislauf von Ausbeutung und Gewalt hinzuarbeiten, ausgedrückt in der Vision, dass: „für das Land ein Jahr der Sabbatruhe sein“ soll (Lev. 25,5).

Hamburg und Stuttgart unterstützen Städteappell

Mit Hamburg und Stuttgart sind kürzlich zwei weitere Landeshauptstädte dem ICAN-Städteappell beigetreten. Damit sind mit Ausnahme Dresdens alle Landeshauptstädte mit an Bord und fordern die Bundesregierung so auf, dem UN-Atomwaffenverbot beizutreten. Ein großer Erfolg der Zivilgesellschaft und eine wichtige Ermutigung, noch mehr Städte zum Beitritt zu bewegen.

Fürstenfeldbruck hat den ICAN-Städte-Appell ebenfalls unterzeichnet. Unser Mitglied, Inge Ammon, bemerkt dazu: „Es ist bedauerlich, dass es die Presse ignoriert. Fürstenfeldbruck ist die 80. Stadt und weitere Städte werden folgen. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen wird nicht müde werden, bis Deutschland den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.“

Den Green Deal durchsetzen!

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

um gestärkt aus der Corona-Krise zu kommen und uns in der Zukunft vor ähnlichen Katastrophen zu schützen, müssen wir nachhaltiger (und europäischer) handeln. Der wirtschaftliche Aufschwung nach Corona muss auf Grundlage von massiven Investitionen in zukunftsfähige, sichere Technologien erfolgen. Die EU-Kommission hat erst im Dezember das wahrscheinlich

größte nachhaltige Wirtschaftsprogramm in der Geschichte Europas verkündet: den Europäischen Green Deal. Er ist ein beeindruckendes Zeugnis europäischen Klima- und Umweltschutzes, der die europäische Wirtschaft bis zum Jahr 2050 grundlegend reformieren und zukunftssicher machen wird.

Doch bevor der Green Deal richtig losgeht, intervenieren bereits Vertreter

unterschiedlichster Industrien und politischer Parteien mit der Corona-Krise als Vorwand. Sie fordern, die Ziele des Green Deal wahlweise abzuschwächen, zu verschleppen oder gleich ganz zu begraben. Wir haben die lange Liste der Lobbyversuche zusammengetragen. Sie beinhaltet klassische Industriezweige wie Automobilhersteller und Fluggesellschaften, aber auch von der Krise weit weniger getroffene Sektoren wie die Plastikindustrie und Elektronikhersteller. Sie alle haben sich gegen Umwelt- und Klimaschutz ausgesprochen und es mit der Corona-Krise begründet. Einige Teile unserer leider sehr umfangreichen Liste wurden heute in einem in der Zeitung DIE ZEIT erschienenen Artikel aufgegriffen. Ich möchte hier mit euch und Ihnen weitere Beispiele dieser unverschämten Lobbykampagnen teilen:

1. In Deutschland setzen sich die **Autolobbyisten** dafür ein, dass eines der Kernversprechen des Green Deals nicht umgesetzt wird. Sie fordern von der Bundesregierung, die im Green Deal angekündigte Überprüfung und Verschärfung von CO₂-Grenzwerten für PKW zu verhindern. Dazu intervenierten die deutschen Hersteller wiederholt bei der Bundesregierung, obwohl diese sich schon im Januar auf die Seite der Automobilindustrie und gegen den Green Deal geschlagen hatte.

In Brüssel verlangt der europäische Dachverband der Automobilindustrie in einem Brief an die Präsidentin der EU-Kommission, bereits vor Jahren beschlossene Ziele zur CO₂-Reduzierung zu verschieben. Es sind eben jene Ziele, die dafür sorgen sollen, dass die Industrie in zukunftsfähige CO₂-freie Autos investiert. Dabei waren es wohl vor allem amerikanische Hersteller, die diesen Brief vorangetrieben haben. Deutsche Autobauer wollten anscheinend immerhin keine Verschiebung schon beschlossener Ziele fordern.

2. Fluggesellschaften, die bald in ganz Europa mit Milliarden Euro Steuergeld gerettet werden müssen, positionieren sich

schon jetzt scharf gegen jegliche Steuern auf Kerosin. Damit in Zukunft niemand auf die Idee kommt, über angemessene Abgaben auf den fossilen Brennstoff nachzudenken, wenn durch den Flugverkehr wieder reichlich Gewinne erfliegen werden.

3. Bauernverbände versuchen, das menschliche Leid sowohl in Deutschland wie auch auf EU-Ebene auszunutzen. In Brüssel setzt sich der Dachverband für eine Verschiebung der "Vom Hof auf den Tisch" Strategie ein. Diese im Green Deal angekündigte Strategie soll die europäische Agrarindustrie nachhaltiger machen. Sie zu verschieben zögert nicht nur dringend notwendige Reformen hinaus, es blockiert auch Investitionen in zukunftsfähige Technologien im Agrarsektor.

Um neue Regeln zur Verringerung der massiven Belastung unserer deutschen Gewässer durch Düngemittel zu verhindern, drohten die Bauern gar mit einer absichtlichen Verknappung der Lebensmittelproduktion in der Krise. Die neue deutsche Düngeverordnung wurde am Ende gegen den großen Widerstand der Bauernverbände angenommen. Das Inkrafttreten wichtiger Teile der Verordnung wurde jedoch tatsächlich vom Bundesrat um drei Monate verschoben.

4. Die Christdemokraten im Europaparlament (EVP) sind sich nicht zu schade, die globale Krise zu nutzen, um, ganz wie die Bauernlobby, eine erneute Verschiebung der dringend benötigten Agrarstrategie des Green Deal zu fordern. Sie nutzen die Corona-Pandemie als Steigbügelhalter, um wichtige Reformen in der Landwirtschaft zu verschleppen. Dabei wissen wir: neben dem Klimaschutz sind es insbesondere mehr Biodiversität und nachhaltige Praktiken in der Landwirtschaft, die in der Zukunft helfen können, globale Epidemien zu vermeiden. Die Agrarstrategie der EU-Kommission, die bereits im März vorgestellt werden sollte, soll nach Wunsch der EVP bis "mindestens nach dem Sommer" verschoben werden.

5. Die Plastikindustrie bittet die EU-Kommission, die Frist für die Umsetzung der Einwegplastik-Richtlinie auf nationaler Ebene um mindestens ein weiteres Jahr zu verschieben. Darüber hinaus sollen alle Verbote für Einwegkunststoffe aufgehoben werden. Doch was die Corona-Krise mit Plastikbesteck und Trinkhalmen zu tun hat, können sie nicht erklären. Diese Verbote wurden in der EU-Einwegplastik-Richtlinie im Jahr 2019 beschlossen. Die Mitgliedstaaten müssen die Verbote und weitere Maßnahmen zur Verringerung der Nutzung von Einwegplastik ab Juli 2021 umsetzen.

6. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat in einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) gefordert, auf Grund der Corona-Krise die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien in Produkten zu verschieben. Die Datenbank soll Verbrauchern, Behörden und Produzenten mehr Transparenz ermöglichen. Verbraucher sollen so besser abschätzen können, welche besonders gefährlichen Chemikalien sich in Produkten befinden und wie sie mit diesen Produkten umgehen müssen.

Der BDI erhofft sich auch, dass das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer äußerst langlebigen Chemikalie verschoben wird. PFOA reichert sich im Körper und in der Umwelt an und wird praktisch nicht abgebaut. Die EU-Kommission hatte das Verbot dieser gefährlichen Substanz bereits im letzten Jahr beschlossen. Es soll im Juli 2020 in Kraft treten. Darüber hinaus fordert der BDI, Konsultationen zu Einschränkungen und Verboten von Chemikalien sollten verschoben werden und die Arbeit an neuen Maßnahmen erst gar nicht angefangen werden.

7. Business Europe, der wohl mächtigste Lobbyverband in Brüssel, zu dessen Mitgliedern neben dem Bundesverband der deutschen Industrie

zahlreiche namhafte deutsche Unternehmen - von Bayer und Bosch über Henkel und Siemens bis zu Volkswagen - zählen, verkündet: es sei unausweichlich, dass der Zeitplan und der Umfang neuer, großer europäischer Initiativen geändert werden müsse. Alle Konsultationen im Umwelt- und Klimabereich sollten ausgesetzt werden. Mindestens zwei Business Europe Mitglieder, **Renault und ENGIE**, haben sowohl den Brief des Lobbyverbands unterschrieben, als auch den Aufruf für eine "Green Recovery", den mehr als 180 Politiker, CEOs und Vertreter der Zivilgesellschaft unterzeichnet haben, darunter auch ich und viele andere Grüne. Sie nutzen ihren guten Namen also in öffentlichen Aktionen für Umwelt- und Klimaschutz, kämpfen aber versteckt in einer anonymen Lobbyorganisation für das genaue Gegenteil.

8. Einzelhändler haben gleich einen ganzen Katalog von Vorschlägen, um den Green Deal aufzuweichen. Auf europäischer Ebene wollen die Vertreter der Einzelhändler unter anderem genau wie der BDI eine neue Datenbank mit Informationen zu gefährlichen Substanzen in Produkten hinauszögern. In Deutschland bitten sie die Bundesregierung, wichtige Teile des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu begraben. Auch hier sträuben sich die Verbände gegen neue Regeln zur Transparenz. Der Handelsverband Textil fordert, nach der Corona-Krise Zugangsbeschränkungen für Autos in Innenstädten, also Umweltzonen und Umweltschilde in Deutschland aufzuheben.

9. Die Schifffahrtsindustrie droht: „wenn die Fristen (des Green Deal) um jeden Preis eingehalten werden, ohne zuvor die Gesundheit unserer Wirtschaft und unserer Mitarbeiter zu berücksichtigen, werden Tausende von Unternehmen und Arbeitnehmern zurückbleiben“. Sie verschweigt, dass nur mit Investitionen in nachhaltige Schiffe Arbeitsplätze auf Dauer gesichert werden können.

10. Die Stahl- und Zementindustrien erhofften sich eine Ausnahme vom Europäischen Emissionshandel (ETS). Sie wollen Fristen um die Emissionen im letzten Jahr an die EU zu melden auf Grund der Corona-Krise verschieben.

11. Der Verband der Verbraucher-technologie fordert die EU-Kommission in einem Schreiben auf, neue Ökodesignregeln für externe Netzteile auszusetzen. Diese wurden am 1. Oktober 2019 beschlossen und traten am 1. April 2020 in Kraft. Der Brief der Lobbyverbände kam erst am 6. April, also zu einem Zeitpunkt, an dem die Hersteller sich schon an die neuen Regeln hätten halten müssen.

12. SME Europe, die Wirtschaftsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP), fordert in einem Schreiben an die Präsidentin der EU-Kommission ein neues "Instrument einzurichten, das es der Kommission ermöglicht, die Frist für neue Gesetze zu verschieben, die sonst während der Krise in Kraft treten würden". Auch sie fordern unter anderem neue Ökodesignregeln für Ladegeräte zu verschieben.

13. Der Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU fordert, "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand" zu stellen, dazu gehören auch die Klima- und Energiepolitik. Auf EU-Ebene solle sich Deutschland "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einsetzen".

14. Die AfD will wegen der Corona-Krise die Energiewende beenden, den Kohleausstieg rückgängig machen und das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen.

15. Der umweltpolitische Sprecher der rechtskonservativen bis rechtspopulistischen EKR-Fraktion im Europaparlament fordert von der Kommissionspräsidentin, alle neuen Gesetze und Initiativen des Green Deal bis nach der Corona-Krise zu verschieben. Die Kommission solle ihre regulatorischen Ambitionen von vor der Krise radikal reduzieren und ihre politischen Prioritäten überprüfen.

16. Der liberale tschechische Premierminister Andrej Babiš will den Green Deal gleich ganz "vergessen".

17. Die polnische Regierung will Ausnahmen für Polen vom europäischen Emissionshandel ausschlagen. Auf dieses Spiel dürfen sich die EU-Kommission, das Europaparlament und die Mitgliedstaaten keinesfalls einlassen. Gerade in Krisenzeiten müssen wir an die Zukunft denken. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird zu dieser Zukunft eine sich anbahnende Wirtschaftskrise genauso zählen wie der Kollaps der Ökosysteme, ungeahntes Artensterben und unaufhaltsamer Klimawandel. **Der Europäische Green Deal ist das Fundament für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung und unser europäischer Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Ihn zu verschleppen würde bedeuten, die Zukunft Europas aufs Spiel zu setzen.** In den nächsten Tagen werden wir Grüne im Europaparlament unsere Vision für den Aufschwung nach der Krise präsentieren. Diese Vision wird den Europäischen Green Deal natürlich nicht nur verteidigen, sondern an relevanten Stellen stärken.

Mit energischen grünen Grüßen

Sven Giegold

Bundesregierung bremst Klimaschutz in Europa

“Die Schludrigkeit der Bundesregierung bremst den Klimaschutz in Europa. Es ist untragbar, dass die Bundesregierung den nationalen Klimaplan so lange herauszögert. Die Corona-Krise ist kein Grund für das Brechen der Frist. Schon vor der Corona-Pandemie hatte die Bundesregierung die Frist nicht gehalten und schnelle Nachreichung versprochen. Deutschland wird zum Sorgenkind der europäischen Klimapolitik. Weil die Bundesregierung ihrer Pflicht auf europäischer Ebene nicht nachkommt, gefährdet sie auch die Pariser Klimaziele. Das Pariser Klimaabkommen sieht vor, dass dieses Jahr überarbeitete und ambitioniertere CO2-Reduktionsziele präsentiert werden. Beschließt Europa nicht rechtzeitig höhere CO2-Reduktionsziele vor der UN-Klimakonferenz, wird keine globale Dynamik für größere Ambitionen in der Klimapolitik entstehen. Deutschland muss beim europäischen Klimaschutz endlich von der Bremse.”

Sven Giegold

Themenbereich Frieden

Am 23. März 2020 trat der UN-Generalsekretär António Guterres mit einer kurzen Rede vor die (virtuelle) Weltöffentlichkeit und forderte einen globalen Waffenstillstand.

Er forderte von allen Konfliktparteien weltweit, die "Gewehre zum Schweigen zu bringen, die Artillerie zu stoppen und Luftangriffe zu beenden", damit sich die Welt dem gemeinsamen Feind, der Krankheit, entgegenstellen könne. Dieser Appell aber verhallte in der aufgeregten deutschen Berichterstattung nahezu ungehört ... Angesichts einer globalen Krise ruft der UN-Generalsekretär in einer pointierten Rede zum Weltfrieden auf - und keinen interessiert es. Hätte António Guterres irgendwas gegen China, Russland oder Assad gesagt, wäre die Medienresonanz sicher besser gewesen.

„Die Wut des Virus veranschaulicht die Torheit des Krieges - Wir müssen die Krankheit des Krieges beenden“

António Guterres:

Unsere Welt steht vor einem gemeinsamen Feind: COVID-19.

Das Virus kümmert sich nicht um Nationalität oder ethnische Zugehörigkeit, Fraktion oder Glauben. Es greift alle an, unerbittlich.

Währenddessen wütet der bewaffnete Konflikt auf der ganzen Welt.

Die Schwächsten - Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen, Marginalisierte und Vertriebene - zahlen den höchsten Preis.

Sie sind auch am stärksten gefährdet, verheerende Verluste durch COVID-19 zu erleiden.

Wir dürfen nicht vergessen, dass in den vom Krieg verwüsteten Ländern die Gesundheitssysteme zusammengebrochen sind.

Die ohnehin schon wenigen Gesundheitsfachkräfte wurden oft ins Visier genommen.

Flüchtlinge und andere durch gewaltsame Konflikte vertriebene Personen sind doppelt gefährdet.

Die Wut des Virus veranschaulicht die Torheit des Krieges.

Deshalb rufe ich heute zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt auf.

Es ist an der Zeit, den bewaffneten Konflikt zu beenden und sich gemeinsam auf den wahren Kampf unseres Lebens zu konzentrieren.

Den Kriegsparteien sage ich:

Ziehen Sie sich aus den Feindseligkeiten zurück.

Legen Sie Misstrauen und Feindseligkeit beiseite.

Bringen Sie die Geschütze zum Schweigen; stoppen Sie die Artillerie; beenden Sie die Luftangriffe.

Das ist entscheidend ...

Hilfe bei der Schaffung von Korridoren für lebensrettende Hilfe.

Um wertvolle Fenster für die Diplomatie zu öffnen.

Hoffnung an Orte zu bringen, die zu den am stärksten von COVID-19 bedrohten gehören.

Lassen wir uns von Koalitionen und Dialogen inspirieren, die in einigen Teilen der Welt langsam Gestalt annehmen, um gemeinsame Ansätze für COVID-19 zu ermöglichen. Aber wir brauchen noch viel mehr.

Wir müssen die Krankheit des Krieges beenden und die Krankheit bekämpfen, die unsere Welt verwüstet.

Es beginnt damit, dass die Kämpfe überall gestoppt werden. Und zwar sofort.

Das ist es, was unsere Menschheitsfamilie braucht, jetzt mehr denn je.

Übersetzung: <https://www.deepl.com/translator>, Quelle: <https://www.un.org/sg/en/content/-sg/speeches/2020-03-23/secretary-general-appeal-for-global-ceasefire>

Syrien, Idlib, Flüchtlinge...

Russland und die Türkei haben sich auf einen neuen Waffenstillstand für Idlib verständigt. Durchgesetzt soll er u.a. durch gemeinsame Patrouillen werden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ein Frieden in Syrien ist damit noch nicht erreicht. Das setzt voraus, dass endlich die Souveränität des Landes respektiert, ein landesweiter Waffenstillstand vereinbart wird, ein Abzug der fremden Truppen beginnt und **allen Menschen in Syrien** geholfen wird; was ein Ende der Sanktionen voraussetzt. Wer in Syrien nach wie vor den Krieg befeuert und dabei sogar Gruppen unterstützt, die von der UNO als Terroristen eingestuft werden, verlängert das Leid im Land und produziert neue Flüchtlinge. Ein Blick auf die türkisch-griechische Grenze sollte genügen, damit der Friedensnobelpreisträger EU zuerst mal an sich denkt, wenn Menschenrechte, Humanismus und andere hehren Werte verkündet werden

Todes-Statistik

Jeden Tag lesen wir in der Zeitung die Statistik: Wie viele Menschen sind wieder durch das Corona-Virus gestorben? Über eine andere „Pandemie“ lesen wir nichts: Wie viele Menschen sterben täglich durch die kleinen und die großen Waffen, die „hilfsbereite“ Länder in Kriegsgebiete täglich liefern?

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI hat die aktuelle Liste der größten Waffenexporteure veröffentlicht: USA

36%, Russland 21%, Frankreich 7,9%, BRD 5,8%, VR China 5,5% (Prozentzahl ist Anteil an allen Waffenexporten in einem Jahr). Unangefochtener Spitzenreiter bei den Empfängern der Waffenlieferungen ist Saudi-Arabien. Der kleine Unterschied: Die Waffen werden von Menschen gemacht und um des finanziellen Gewinns in alle Welt verkauft - ihre Wirkung ist ebenso tödlich, wie Corona!

Die Linke schreibt dazu: Trotz der Schärfung der Ausfuhrrichtlinien hat die Bundesregierung die Genehmigungen für den Export deutscher Kleinwaffen im vergangenen Jahr rasant gesteigert. Das geht aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 19/18501) von Sevim Dagdelen hervor. Die Bundesregierung erlaubte demnach 2019 die Ausfuhr von Maschinengewehren, Pistolen und ähnlichen Waffen für 69,49 Millionen Euro. Das entspricht einer Steigerung von 79 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (38,91 Millionen Euro) und ist der höchste Wert seit 2013

“Die Bundesregierung schert es offenbar nicht, dass alle 14 Minuten ein Mensch weltweit durch eine deutsche Waffe stirbt. Anders kann man die Rekordzahlen bei Kleinwaffenexporten nicht erklären“, kritisiert die abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion.

Ende Juni 2019 hatte die Bundesregierung auf öffentlichen Druck die Ausfuhrrichtlinien für Rüstungsexporte geschärft, der Export von Kleinwaffen in sogenannte Drittstaaten ist nunmehr untersagt. Tatsächlich ist das Lieferverbot in Länder außerhalb der NATO und der EU weitgehend umgesetzt, wie aus der Antwort der Bundesregierung hervorgeht. Im zweiten Halbjahr 2019 wurden noch Kleinwaffen im Wert von 58.000 Euro in Drittstaaten exportiert, im ganzen Jahr für etwa 400.000 Euro. Das entspricht 0,6 Prozent der gesamten

Kleinwaffenexporte.

Hauptempfänger deutscher Kleinwaffen waren im vergangenen Jahr Norwegen (22,1 Millionen Euro), Großbritannien (12,1 Millionen), Litauen (10,1 Millionen), Frankreich (8,6 Millionen) und die USA (6,5 Millionen).

Sevim Dagdelen fordert angesichts der neuen Zahlen einen generellen Stopp von Kleinwaffenexporten: “Ein Ausfuhrverbot allein in Drittstaaten reicht bei weitem nicht, da immer wieder in NATO-Staaten, wie die USA, exportierte Waffen am Ende in Drittstaaten wie Mexiko oder Kolumbien landen. Das zeigen die Erfahrungen mit den Waffenschmieden Heckler & Koch, SIG Sauer und Carl Walther.”

Aktuell prüft die Kieler Staatsanwaltschaft neue Vorwürfe illegaler Rüstungsexporte gegen Sig Sauer. Nach Recherchen des Südwestrundfunks (SWR) soll der in Eckernförde angesiedelte Waffenbauer über Sig Sauer Inc. USA neben Kolumbien auch Mexiko mit Pistolen ohne Rüstungsexportgenehmigung der Bundesregierung beliefert haben. Berichtet wurde über dieses Dreiecksgeschäft in der ARD-Dokumentation “Tödliche Exporte: Rüstungsmanager vor Gericht”.

Wie sieht die Todes-Statistik deutscher Waffenexporte aus? Wo bleibt das energische Einschreiten unserer Regierung wie bei Corona? (Quelle: DIE LINKE. im Bundestag) HHW

„Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen bekommen, denen, die frieren und keine Kleidung haben.

Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein. Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder.“

Dwight D. Eisenhower (1890-1969)

Der US-Nahost-„Jahrhundertplan“

von Clemens Ronnefeldt

Krisen und Kriege

Kernpunkte des von US-Präsident Donald Trump im Beisein von Benjamin Netanyahu am 28. Januar 2020 in Washington vorgestellten 181 Seiten umfassenden Nahost-Friedensplans mit dem Titel "Frieden für Wohlstand" (Peace to Prosperity) sind: die Souveränität Israels über alle Siedlungen in der Westbank und des Jordantales, die Legalisierung der mehr als 400.000 Siedler*innen in der Westbank und der ca. 200.000 Siedler*innen in Ostjerusalem, deren Siedlungen nach internationalem Recht völkerrechtswidrig errichtet wurden.

Jerusalem wird in dem Plan als "ungeteilte Hauptstadt Israels" bezeichnet und im "östlichen Jerusalem" - gemeint ist offenbar der Jerusalemer Vorort Abu Dis - die Hauptstadt des palästinensischen Staates in Aussicht gestellt.

50 Milliarden US-Dollar sollen als Wirtschaftshilfe für den "Palästinenserstaat" (nicht: Palästina) zur Verfügung gestellt werden, wobei völlig offen bleibt, welche (arabischen) Staaten dieses Geld tatsächlich überweisen werden.

Die Annahme des Plans wird als Grundlage für direkte Verhandlungen angesehen, von der palästinensischen Führung werden politische Reformen und das Abschwören der Gewalt gegenüber Israel verlangt. Der Plan sieht den Verzicht auf das Rückkehrrecht geflüchteter Palästi-

nenser*innen nach Israel vor und verlangt die Mitsprache der israelischen Regierung bei der Aufnahme Geflüchteter in den neuen "Palästinenserstaat".

Jerusalem

Jerusalem kann von Palästinenser*innen mit dem arabischen Namen „al Quds“ (die Heilige) bezeichnet werden, allerdings sieht der Plan lediglich Gebiete östlich und nördlich der Sperranlage für Palästinenser*innen vor, die in Jerusalem aus einer Betonmauer besteht.

Die muslimischen Heiligtümer Al-Aksa-Moschee und Felsendom sollen wie der gesamte Tempelberg und das muslimische Viertel der Altstadt unter israelischer Kontrolle bleiben.

Palästinenserstaat

Vor der Ausrufung des neuen palästinensischen Staates sieht der Plan vier Jahre Verhandlungen zwischen Israel und Palästinenser*innen vor. Ca. 80% der Westbank in den Grenzen von 1967 sollen "Palästinenserstaat" werden, 120 illegale Siedlungen mit mehr als 400 Israelis zum Staat Israel werden.

Die israelische Regierung soll für Sicherheitsfragen zwischen Mittelmeer und Jordan allein zuständig sein. Für den Palästinenserstaat - bestehend aus Gazastreifen und Westbank - ist die vollständige Demilitarisierung samt Entwaffnung von Hamas

und Islamischem Dschihad im Gazastreifen vorgesehen. Alle Zahlungen an Hinterbliebene von palästinensischen Attentäter*innen sollen gestoppt und die Korruption bekämpft werden.

Siedlungen

Alle israelischen Siedlungen in der Westbank sollen bestehen bleiben, auch 15 Enklaven im künftigen Palästinenserstaat. Neben 140 von Israel genehmigten Siedlungen sollen auch 120 - nach israelischen Recht - illegale Siedlungen Staat Israel werden, mit insgesamt mehr als 600.000 Siedler*innen. Der Siedlungsbau soll vier Jahre eingefroren werden.

Wegen der umfangreichen israelischen Gebietsannexionen in der Westbank sind zwei Ausgleichsflächen in der Negev-Wüste an der Grenze zu Ägypten für den neuen Palästinenserstaat vorgesehen; eine für eine Industriezone und eine als Wohngebiet, beide durch eine Straße mit dem Gazastreifen verbunden.

Flüchtlinge

Die israelische Regierung soll die Zahl der rückkehrenden palästinensischen Flüchtlinge mitbestimmen, die in den Palästinenserstaat zurückkehren dürfen. Es soll keine Rückkehr von Geflüchteten nach Israel geben. Das UN-Hilfswerk für die Palästinenser*innen (UNRWA) soll aufgelöst werden, der Flüchtlingsstatus beendet und alle Ansprüche und Kompensationszahlungen mit dem US-Nahostplan beendet werden.

Grenzen

Die palästinensische Regierung soll keine Souveränität über ihre Grenzen erhalten. Vorgesehen ist der Waren-Zugang für den palästinensischen Staat über zwei israelische Häfen bis zur Errichtung eigener Häfen im Gazastreifen. Zwei Korridore sollen den palästinensischen Staat mit Jordanien verbinden, ein Tunnel zwischen Westbank und Gazastreifen neu gebaut werden - der allerdings von israelischer Seite kontrolliert und abgeriegelt werden kann.

Umsiedlung

Von der rund 21%-arabisch-palästinensischen-Minderheit in Israel sind im Jahrhundertplan rund 300.000 bis 350.000 arabisch-palästinensische Staatsbürger*innen Israels aus dem so genannten "Kleinen Dreieck" zwischen Netanja und Afula zur Umsiedlung in die Westbank vorgesehen. Umgekehrt ist keine einzige Person aus einer Siedlung in der Westbank zur Umsiedlung nach Israel vorgesehen.

Reaktionen

Benjamin Netanjahu bezeichnete Donald Trump als „den größten Freund, den Israel je im Weißen Haus hatte“. Der israelische Premier verglich den Plan mit der Gründung des Staates Israel 1948 und kündigte die umgehende Annexion der völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in der Westbank und dem Jordantal an. Die US-Regierung übte daraufhin Druck auf den israelischen Regierungschef aus, der für den 4. Februar 2020 nach einer Kabinettsitzung vorgesehenen Beginn der Annexionen zu verschieben.

Der israelische Verteidigungsminister Nafali Bennett und auch der Siedlerrat lehnten die vorgesehene Gründung eines "Palästinenserstaat" generell ab, Benny Gantz kündigte an, nach seiner Wahl zum Premier den Plan vollständig umzusetzen - unter Berücksichtigung der Interessen der Nachbarstaaten.

Abgelehnt wurde der Plan von der Meretz-Partei, der Arbeitspartei und der Vereinigten Liste der arabischen Parteien.

In einer kurz nach der Veröffentlichung durchgeführten Umfrage sprachen sich 50% der israelischen Bevölkerung für den Plan aus, 24% lehnten ihn ab und 16% erklärten ihre Unentschiedenheit.

Mahmud Abbas sagte zu dem „Jahrhundertplan“ „Tausendmal Nein“ und nannte ihn einen Plan für den „Mülleimer der Geschichte“. Er deutete an, die Sicherheitspartnerschaft mit Israel aufzukündigen, sollte die israelische Regierung mit der

Annexion von Gebieten in der Westbank beginnen.

Einen Antrag im UN-Sicherheitsrat mit einer Ablehnungs-Abstimmung des Plans zog der palästinensische Präsident wieder zurück, nachdem die US-Regierung ihr Veto angekündigt hatte.

Sowohl Hamas als auch Fatah waren sich schnell einig in der vollständigen Ablehnung des Planes. Die Anhänger*innen beider Lager versammelten sich bereits am Tag der Verkündung des Plans zu Demonstrationen in verschiedenen Städten, die in den folgenden Tagen zu zahlreichen Verletzten und einigen Toten führten.

Zwei Wochen nach der Veröffentlichung des Trump-Plans stellte der palästinensische Präsident Mahmud Abbas gemeinsam mit dem früheren israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert bei einer Pressekonferenz in New York seine Vorstellungen vom Staat Palästina und einer Lösung des Konfliktes vor. Ehud Olmert bezeichnete bei dieser Pressekonferenz Mahmud Abbas als "einzigen Partner, mit dem Israel zusammenarbeiten" könne. (Süddeutsche Zeitung, 13.2.2020).

Im Jahre 2008 hatte Ehud Olmert der palästinensischen Seite rund 94% des Westjordanlandes als Staat Palästina angeboten, arabische Viertel in Ostjerusalem sollten zur Hauptstadt Palästinas werden. Diesen Plan stellte Mahmud Abbas erneut als Grundlage einer Lösung vor und kündigte Verhandlungen mit dem Nahost-Quartett - bestehend aus USA, UN, EU und Russland - an.

Die Führung der Hizbollah im Libanon verurteilte den Plan mit großer Schärfe, ebenso das jordanische Königshaus.

Die ägyptische Regierung hingegen forderte beide Seiten auf, den Plan „sorgfältig zu studieren“.

Der deutsche Außenminister Heiko Maas ließ unmittelbar nach der Veröffentlichung verlauten: „Nur eine für beide Seiten akzeptable, verhandelte Zweistaatenlösung“ könne Frieden bringen.

Ende Februar 2020 veröffentlichten 50 europäische Spitzenpolitiker*innen einen gemeinsamen Brief, in dem sie den Plan von Donald Trump stark kritisieren: "Trumps Nahost-Plan erinnert an Apartheid". (...) „Der Plan widerspricht international vereinbarten Parametern des Nahost-Friedensprozesses, einschlägigen UN-Resolutionen und den grundlegendsten Prinzipien internationalen Rechts“ (2).

Zu den Unterzeichner*innen gehören Sigmar Gabriel (SPD), Hans-Gert Pöttering (CDU), der frühere Nato-Generalsekretär Javier Solana, der frühere französische Premierminister Dominique de Villepin, der frühere britische Außenminister Jack Straw und der frühere österreichische Außenminister Michael Spindelegger.

Nach den Wahlen in Israel im März 2020 ist mit baldigen Annexionen im Westjordanland und einer weiteren Verschärfung des Konfliktes zu rechnen.

Leserbrief zum Artikel „Im Atombomben-Dilemma“ vom 18.4.2020 Nein zur „nuklearen Teilhabe“

Derzeit wird im Bundestag über die Nachfolge für das Kampfflugzeug Tornado beraten. Bislang ist der Tornado das einzige Trägersystem für die in Büchel / Rheinland-Pfalz stationierten Wasserstoffbomben. Auf Wunsch der Verteidigungsministerin sollen Kampfflugzeuge beschafft werden, die auch künftig die „nukleare Teilhabe“ ermöglichen. Es ist schön, dass der SPD-Fraktionschef Mützenich dieses Vorhaben ablehnt. Aus meiner Sicht ist es Zeit, ein entschiedenes Nein zu sagen. Hunderttausende zivile Opfer in Hiroshima und Nagasaki mah-

nen. Kein Land hat das Recht, mit dem Einsatz von Atombomben zu drohen. Keine Regierung hat das Recht, den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen anzuordnen. Kein Soldat darf gezwungen werden, diese schrecklichen Bomben ins Ziel zu fliegen und zu zünden. Vor zweieinhalb Jahren hat die Organisation ICAN für ihr Engagement den Friedensnobelpreis erhalten: Atomwaffen müssen geächtet werden, in Deutschland, in Europa, weltweit. Deutschland muss die „nukleare Teilhabe“ beenden und sich konsequent für Abrüstungsvereinbarungen einsetzen.

Dr. Martin Bleher, Physiker, München

Kirchen und die Ächtung der Atomwaffen

Ohne Rüstung Leben schreibt zu dieser Frage: Atomare Abschreckung war „ein bedingt akzeptables Mittel zur Friedenssicherung und Kriegsverhütung. Diese Position vertraten sinngemäß für viele Jahrzehnte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) als auch das Lehramt der Katholischen Kirche – trotz wachsender Kritik aus Basis, Landeskirchen und kirchlichen Organisationen. Nun jedoch zeichnet sich ein grundsätzliches Umdenken ab.“

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die im November 2019 in Dresden stattfand, hat dezidiert Stellung genommen zur weltweiten Ächtung der Atomwaffen: „Nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen“ könne „den notwendigen Druck“ aufbauen, „diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen.“ Von der Bundesregierung fordert die Synode, „Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterschreiben“, bleibt damit jedoch hinter den Erwartungen vieler zurück, die besonders auf eine klare Äußerung zu den in Büchel gelagerten US-Atomwaffen gehofft hatten. „Hier ist die EKD-Synode offensichtlich politisch einge-

knickt“, kritisiert Jan Gildemeister, der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF).

Die katholische Deutsche Kommission *Justitia et Pax* hat inzwischen ihre bisherige Position einer kritischen Neubewertung unterzogen. Die veränderte Weltlage und die klaren Worte von Papst Franziskus fordern eine ganz deutliche Abkehr von den Atomwaffen: Die bisherige Duldung der nuklearen Abschreckung „als Konzept der Kriegsverhütung“ könne nicht mehr aufrechterhalten werden. Der erste Schritt auf dem Weg zu nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrolle müsse darin bestehen, „die Atomwaffen zu ächten, um dann ebenso zielstrebig wie geduldig Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen zu verhandeln, um die Nuklearwaffen nicht nur zu bannen, sondern sie wirklich aus der Welt zu verbannen.“

Es hat den Anschein, als könnten diese vorsichtig-deutlichen Äußerungen dazu führen, dass die beiden – noch immer – großen Kirchen in unserem Land allmählich zu deutlicheren, schärferen Forderungen finden. Atomwaffen haben in unserer Menschenwelt keinen Platz!

HHW

Biblische Losungen für junge Leute:

Die Rechtsprechung wird sich wieder auf Gerechtigkeit gründen, und alle, die von Herzen aufrichtig sind, werden sich gerne danach richten.

Ps.94, 15 (Neue Genfer Übersetzung)

Tag des Grundgesetzes

23. Mai 2020 Friedensdom

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

wieder haben wir uns zusammengefunden, um an diesem Tag darüber nachzudenken, was es mit der Würde des Menschen auf sich hat. Es zieht sich ja wie ein roter Faden durch die Geschichte der Menschheit, dass es die Herrschenden mit der Würde des Menschen nie so genau genommen haben, wenn es um die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ging. Das war in der Sklavenhaltergesellschaft ähnlich wie im Feudalismus. Das setzte sich fort im Kapitalismus und das ist auch im Sozialismus nicht viel anders gewesen. Deswegen stellt sich auch für uns heute die Frage, was wir dazu beitragen können, diese unzureichenden Verhältnisse zum Besseren zu wenden.

Es ist deswegen gut und wichtig, dass wir uns aus Anlass dieses Tages wieder einmal darauf besinnen, was unsere Gesellschaft eigentlich im Innersten zusammenhält. Entstanden ist dieses Grundgesetz aus den bitteren Erfahrungen der schlimmsten, menschenverachtenden Jahre deutscher Geschichte, der Nazidiktatur. In diesen Jahren wurde die Würde der Menschen nicht nur angetastet. Sie wurde verletzt, mit Füßen getreten, stranguliert, wurde für vogelfrei erklärt. Juden, Sinti und Roma und viel andere wurden vergast, Systemgegner jeder politischen und religiösen Richtung wurden inhaftiert, gefoltert und hingerichtet. Als die Nazis dieses menschenverachtende Regime durch einen mörderischen Krieg über die ganze Welt ausbreiteten, verhinderten dies die Alliierten unter ungeheurem Blutvergießen. 1945 stand die Welt vor einem Scherbenhaufen. Um diesem ungeheuren Ausbruch von Brutalität und Menschenverachtung einen Riegel vorzuschieben,

gründeten sie die Vereinten Nationen. Zum obersten Leitmotiv wurde in ihrer Charta die Würde des Menschen. Damit diese aber nicht zu abstrakt bleibt, entfalteten sie diese in überschaubaren Kriterien und verabschiedeten 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Als sich die Bundesrepublik Deutschland 1949 gründete, machte sie diese grundlegenden Einsichten zur Basis des Grundgesetzes.

Folgender Satz wurde zum nicht verhandelbaren Fundament, zum ewigen Bestandteil für das friedliche Zusammenleben aller Menschen in Deutschland:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Es sind jetzt schon 71 Jahre her, seit dieser Artikel zur alleinigen Richtschnur deutscher Politik gemacht wurde. Leider wurden aber nicht alle Menschenrechte als einklagbare Grundrechte in diesem Grundgesetz verankert. Die sozialen wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte blieben draußen vor, z.B. das Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherheit oder das Recht auf Bildung.

Als sich unser Land Mecklenburg-Vorpommern 1994 eine eigene Verfassung gab, stand ebenfalls die Würde des Menschen im Mittelpunkt.

Dort heißt es im Artikel 5: Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist um des Menschen willen da; es hat die Würde aller in diesem Land lebenden oder sich hier auf-

haltenden Menschen zu achten und zu schützen.

Alle, d. h. nicht nur die deutschen Staatsbürger, sondern genauso auch die Flüchtlinge, Asylantragsteller, Durchreisende und alle, die sich, aus welchen Gründen auch immer, hier bei uns aufhalten. Dass ALLE Menschen damit eingeschlossen sind, ist mir als einer, der diese Verfassung als Mitglied der Kommission mit geschrieben hat, besonders wichtig gewesen.

Es war aber schon ein Fortschritt gegenüber dem Grundgesetz, dass die sozialen wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte wenigstens als Staatszielbestimmungen aufgenommen wurden. Aber einklagbar wurden sie deswegen auch nicht.

So besteht die heutige Aufgabe auch weiterhin, sich entschieden für ihre Einklagbarkeit einzusetzen.

Das gilt umso mehr, weil sich in unserem Land schon wieder mehr und mehr Menschen gibt, die diese unveräußerlichen Rechte kappen wollen. Sie verbreiten die Parolen "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus" auf Straßen und Plätzen, in ihren Zeitungen und in sozialen Medien. Sie stecken Flüchtlingsheime an und schrecken inzwischen auch nicht mehr vor Mord und Totschlag zurück. Sie haben sich inzwischen auch in einer Partei eingemistet, um für eine Alternative zu kämpfen, in der die Würde JEDES Menschen nicht mehr gilt. Sie knüpfen dabei in ihrem Reden und Tun immer erkennbarer an Gedanken der Nazis an. Der Schoß ist schon wieder sehr fruchtbar geworden, aus dem dies alles kriecht. Es ist deswegen höchste Zeit, dass wir uns noch vernehmbarer für diesen Artikel im Grundgesetz und unserer Verfassung einsetzen.

Aber mit der Coronaepidemie steht dieser Kampf um die Grundrechte wieder ganz neu im Mittelpunkt. Immer wieder haben

sich in den letzten Wochen Menschen auf Kundgebungen zusammengetan, um dafür zu kämpfen, dass das Grundgesetz mit seinen Grundrechten nicht auf der Strecke bleibt. Sie fühlen sich ihrer persönlichen Freiheitsrechte beraubt und meinen allen Ernstes, dass wir uns bereits in einer Gesundheitsdiktatur befinden. Auf diesen Kundgebungen haben sich inzwischen aber auch Menschen eingefunden, die das gesamte gesellschaftspolitische System aushebeln wollen. Dazu gehören Neonazis genauso wie Verschwörungstheoretiker.

Ist das wirklich so? Werden die Grundrechte wirklich außer Kraft gesetzt, wenn es darum geht, das Leben vieler Menschen vor dem Tod durch das Virus zu bewahren? Ist es nicht die Pflicht eines Staates, in dieser sehr schwierigen Situation eine Güterabwägung zu treffen? Das ist bei uns in Deutschland auch bei vielen Mängeln im Vergleich zu anderen Staaten wirklich recht gut gelungen. Wer das zu leugnen versucht, handelt unverantwortlich und verdreht die Tatsachen.

Aber wie müssten wir mit denen umgehen, die sich davon nicht überzeugen lassen wollen?

Gut wäre es, wenn *wir alle* miteinander in ein *ehrliches* Gespräch kommen könnten, wo wir unsere Meinungen und Ansichten miteinander austauschen, um in diesen Gesprächen gute Antworten auf die enormen Einschränkungen des gesamten gesellschaftlichen Lebens zu finden. Das ist sicher eine außerordentliche Herausforderung, denn keiner von uns ist im Besitz der Wahrheit und weiß schon im Vornherein, was richtig und was falsch ist, was der Würde des Menschen dienlicher ist oder was sie erneut gefährdet. Deswegen ist umso wichtiger, gerade heute offen miteinander zu reden und gemeinsam gute Lösungen zu finden, damit die Würde des Menschen auch in dieser schwierigen Situation nicht angetastet wird.

Heiko Lietz

Auswüchse eines unbegrenzt freien Marktes

„Die seit Jahrzehnten andauernden Steigerungen der Baulandpreise, die dann eben auch die Mietpreise explodieren lassen. Der Baulandpreis in München zum Beispiel ist von 1950 bis heute um 39.000 Prozent gestiegen. Und auf Bundesebene seit 1962 – seit damals werden die Preise erfasst – um 2400 Prozent. Mich wundert, wie selbstverständlich die Medien und die Politik das hinnehmen,“ sagt Hans Jochen Vogel (Die Zeit, 04.09.2019).

Eine Alternative

Die Böden unserer Erde gehören allen Menschen. Nur mit Pachtgebühren können sie bewirtschaftet werden. Die Gebühren landen in einem Fond. Daraus erhalten alle Menschen ein Grundeinkommen.

So der 23-jährige Simon Hoffmann, Demokratische Stimme der Jugend e.V. (Interview in KENFM)

Kirchliches Schiff zur Rettung Schiffbrüchiger

Ende letzten Jahres ist das Schiff zur See gefahren, das die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) zusammen mit einem Bündnis aus Kirchen, Kommunen, Vereinen und Initiativen erworben und als Rettungsschiff für schiffbrüchige Flüchtlinge im Mittelmeer hergerichtet hat. Gleichzeitig haben die Delegierten von zwölf Mitglieds- und drei Gastkirchen der Vereinigung Evangelischer Freikirchen Deutschlands ihre Mitgliederversammlungen in Bad Blankenburg beschlossen, „United 4 Rescue“ als Verein zur Unterstützung, z.B. durch Spendensammlungen zu gründen

Leichtfertiger Antisemitismus-Vorwurf

Zitat aus der SZ: "neulich bekam der in Johannesburg lebende Historiker und Politologe Prof. Achille Mbembe eine Nachricht, die ihn sprachlos machte. Er werde, hieß es darin, in Deutschland des Antisemitismus beschuldigt. Der FDP-Politiker Lorenz Deutsch wollte in Mbembes Schriften Hinweise darauf gefunden haben. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, schloss sich an. Beide empörten sich darüber, dass Mbembe den Eröffnungsvortrag der Ruhrtriennale halten sollte, und forderten, ihn auszuladen.

HHW

Prof. Achille Mbembe ist einer der brilliantesten Denker der Gegenwart und einer der prominentesten Intellektuellen des afrikanischen Kontinents, der sich in afrikanischen und europäischen, auch jüdischen Denktraditionen gleichermaßen zu Hause sieht...."

Inzwischen haben zahlreiche jüdische Wissenschaftler sich an den deutschen Innenminister gewandt und gefordert, er solle Felix Klein entlassen.

Unerträgliche Zustände

Angesichts der Lage von Geflüchteten an der griechisch-türkischen Grenze fordern Hilfsorganisationen dringend eine neue europäische Asylpolitik. Die Situation dort sei inakzeptabel, erklärte der Präsident der evangelischen Diakonie, Ulrich Lilie. „Tränengas, Push-backs und Internierungslager entsprechen weder unseren christlichen Werten noch den Prinzipien, die sich Europa unter dem Eindruck der Weltkriege des letzten Jahrhunderts gegeben hat.“

An dem Aufruf beteiligten sich mehr als 20 Verbände, darunter das katholische Hilfswerk Caritas, Amnesty International, Pro Asyl, die Arbeiterwohlfahrt, der Paritätische Gesamtverband und Terre des Hommes (Quelle: KNA).

Internationales Recht mit Füßen getreten

Costantinos Gianacacos, der Leiter des "Griechischen Hauses" in München, empört sich: "Weil sie (die Regierung) keine Flüchtlinge mehr von der Insel hole, lasse sie die Situation auf Lesbos bewusst eskalieren. Im Schatten von Corona laufen Sachen, in einem EU-Staat, die nicht hinnehmbar sind. Minderjährige werden wegen illegaler Einreise verurteilt, die Asylverfahren bis April ausgesetzt. ... Man darf internationales Recht nicht so mit Füßen

treten, sonst macht man sich unglaublich."

Ein Kriegsschiff voller Flüchtlinge

Nicht, um sie zu retten, nein, um sie gefangen zu halten. Das ist mittlerweile europäische Realität. Mindestens 150 Geflüchtete, u.a. aus Syrien und Afghanistan, befinden sich unter unmenschlichen und erniedrigenden Bedingungen eingesperrt auf einem Schiff der griechischen Marine. Unter den Gefangenen sind auch viele Familien mit kleinen Kindern. Von 13 Inhaftierten haben wir bereits Mandate, um für ihre Rechte zu kämpfen, schreibt Pro Asyl. Das Schiff liegt zur Zeit im Hafen von Lesbos vor Anker. Die Gefangenen sollen aufs griechische Festland gebracht und dann weiter in die Türkei und ihre Herkunftsländer zurückgeschoben werden. Griechenland lässt seit dem 1. März keine Asylanträge mehr zu – ein menschenrechtlicher Dammbbruch.

„Wir werden mit den Inhaftierten auf dem Schiff durch alle Instanzen – bis hin zum Europäischen Gerichtshof – gehen, um sie und ihre Menschenrechte zu schützen! Das Asylrecht darf nicht außer Kraft gesetzt werden. Die Menschenwürde ist unantastbar“, sagt Pro Asyl.

HHW

Themenbereich ÖKUMENE

Karfreitag abgeschafft

In unserer Nachbarschaft, in Österreich, wurde der Karfreitag als gesetzlicher Feiertag abgeschafft. Mitglieder der evangelischen, alt-katholischen und römisch-katholischen Kirchen haben dagegen protestiert. Sie fordern, den Karfreitag in Österreich als gesetzlichen Feiertag „für alle“ einzuführen. Die Parlamentsmehrheit, die aus christdemokratischer ÖVP und nationalistischer FPÖ besteht, hat diesen beträchtlichen Eingriff beschlossen, dass Protestanten und Altkatholiken einen Urlaubstag nehmen müssen, wenn sie am Karfreitag ihren Gottesdienst besuchen möchten. Viele Protestanten empfinden diesen Beschluss als Anschluss an eine alte Tradition: Die evangelische Minderheit war jahrhundertlang von der römisch-katholischen Mehrheit diskriminiert worden.

HHW

Bundesverdienstkreuz für Rainer Eppelmann

Der DDR-Bürgerrechtler und Pfarrer, später auch Politiker Rainer Eppelmann hat am Tag der Deutschen Einheit das Bundesverdienstkreuz erhalten. Damit wurden die Verdienste des 76-Jährigen um die Friedliche Revolution in der DDR gewürdigt. Berühmt wurden die Bluesmessen, die Eppelmann in der Berliner Samariterkirche organisierte, zu denen hunderte oppositionelle Jugendliche aus der ganzen DDR anreisten. Die Stasi plante die Ermordung des Geistlichen, der eng mit Dissidenten wie Robert Havemann zusammenarbeitete. In der letzten DDR-Regierung war Eppelmann Abrüstungs- und Verteidigungsminister. Von 1990 bis 2005 gehörte er als Abgeordneter der CDU dem Deutschen Bundestag an.

Neuer Leiter in Rummelsberg

Seit Jahresbeginn hat die Rummelsberger Diakonie mit ihren mehr als 5400 Mitarbeitern einen Neuen Leiter. Reiner Schübel, bisher Kirchenrat im Diakoniereferat der Landeskirchenrats hat am 1. Januar 2020 den Vorstandsvorsitz übernommen. Günter Breitenbach, der bisherige Leiter, hat zum Jahresbeginn seinen Ruhestand angetreten.

Wanderausstellung über Dietrich Bonhoeffer

Am 9. April jährte sich Bonhoeffers Tod zum 75. Mal. Aus diesem Anlass ist eine Ausleih-Ausstellung erschienen. Sie schildert Leben und Werk dieses evangelischen Theologen, der einer der wichtigsten Vertreter des christlichen Widerstandes im Nationalsozialismus war. Er wurde im KZ Flossenbürg in Bayern ermordet. Die Ausstellung bietet einen multimedialen Zugang zu Texten und Ansprachen. Sie umfasst zwanzig Tafeln im Format 65 mal 70 cm. Die Leihgebühr beträgt mindestens 200 Euro zuzüglich Speditionskosten plus Mehrwertsteuer. Informationen unter www.ausstellung-leihen.de/bonhoeffer.
(zeitzeichen 2/2020)

US-Evangelikale streiten über Trump

Eine Kritik des evangelikalen US-Magazins Christianity Today an Präsident Donald Trump hat unter Evangelikalen heftigen Streit ausgelöst. Chefredakteur Mark Galli hatte dafür plädiert, Trump wegen seines „zutiefst unmoralischen Charakters“ entweder seines Amtes zu entheben oder ihn nicht wiederzuwählen. 170 evangelikale Leiter und Pastoren distanzieren sich von dem Artikel in einem Brief an Trump, den sie dafür lobten, dass seine Politik das Ungeborene schützt“ und „Israel sicherer macht.“
(zeitzeichen 2/2020)

Heftige Auseinandersetzung in der Methodistenkirche

Zwischen Gemeinden, die eine Ordination und Trauung von Homosexuellen befürworten, und anderen, die dies heftig ablehnen, ist eine hitzige Auseinandersetzung entbrannt. Der Vorschlag einer internationalen Kommission, die einen Mediator einschaltete, scheint jetzt vielleicht zu einer Lösung zu führen: Er sieht die Gründung einer eigenen Kirche aus dem gemeinsamen Vermögen vor. Die Generalsynode muss freilich noch zustimmen. Die Evangelische Methodistenkirche hat in den USA 7,5 Millionen, in Afrika 4,2 Millionen und in Deutschland rund fünfzigtausend Mitglieder.
(Zeitzeichen 2/2020)

Nachrufe

Johann Baptist Metz

Johann Baptist Metz war ein wichtiger Impulsgeber der Befreiungstheologie und blickte als politischer Theologe weit über die Grenzen seiner eigenen Kirche hinaus. Das Elend und Leiden von Menschen, die erfahrene soziale Ungerechtigkeit und vor allem das Schicksal der Armen prägten sein Denken und seinen Glauben. „Kann man nach Auschwitz noch glauben?“ Das war eine Frage, die ihn umtrieb. Und neben der Frage nach Gerechtigkeit war es die Sorge um die Zukunft unserer Erde. Bereits 1975 schrieb er: „Mit zunehmender Deutlichkeit erfahren wir heute, ... dass die Grenzen der wirtschaftlichen Expansion, die Grenzen des Rohstoff- und Energieverbrauchs, ... die Grenzen der Umwelt- und Naturausbeutung eine wirtschaftliche Entwicklung aller Länder auf jenes Wohlstandsniveau, das wir gegenwärtig haben und genießen, nicht zulassen. Angesichts dieser Situation wird von uns – im Interesse eines lebenswürdigen Überlebens der Menschheit – eine einschneidende Veränderung unserer Lebensmuster ... verlangt ...“

Johann Baptist Metz war Professor der Theologie in Münster. Er verstarb im Alter von 91 Jahren.

Werner Schanz

„Ich fände es gut,“ wenn die Kirche „sich erneut auf die Friedensfrage konzentrierte, zum Beispiel den militärischen Einsatz der Bundeswehr in Krisengebieten oder den Waffenhandel. Die lutherische Wirtschaftsethik sollte sachbezogen und menschengerecht vertreten werden, vor allem im Hinblick auf die gegenwärtige soziale Schieflage...“

H.G.Koch nennt diese Äußerung in einem Nachruf als charakteristisch für den Pfarrer, der auf verschiedenen beruflichen Positionen, als Schülerpfarrer und Leiter des Studienzentrums für Evangelische Jugendarbeit und schließlich als Leiter des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt eine weite kirchliche und gesellschaftliche Wirkung und große persönliche Zuwendung sowie ein sehr kollegiales Verhalten gelebt hat. Auch was im Ökumenischen Netz in Bayern geschah, hat er aufmerksam und wach verfolgt.

Nach langer Krankheit ist er im Februar 2020 gestorben. Wir trauern um ihn.

HHW

Aus unserem Verein

Hans-Günther Schramm, langjähriger Leiter des NEFF und engagiertes Mitglied im ÖNB, hat nach dem ersten, manipulierten Versuch der Thüringer Landtagswahl einen nachdenklichen Brief geschickt. Obwohl er zeitlich nicht mehr sehr aktuell ist, drucken wir ihn hier gerne ab, weil sein Inhalt an Aktualität nicht verliert:

Ein Leserbrief nach der gescheiterten Landtagswahl in Thüringen

Liebe Freundinnen und Freunde,

Erst habe ich das ja für einen Fake gehalten, aber es stimmt tatsächlich: Der Wahlslogan von Thomas Kemmerich, FDP („Ich nehme die Wahl (durch die AfD) an“) lautete bei der Thüringen-Wahl 2019 groß auf den Plakatwänden:

Endlich eine Glatze, die in Geschichte aufgepasst hat. Hallo Übermorgen.

Ich kann ihn leider nicht direkt fragen, aber Fragen habe ich da schon. Zum Beispiel, ob er mit Übermorgen den 5. Februar 2020 gemeint hat?

Oder bei seiner Geschichtskennntnis: Meint er 1924 in Thüringen, als die NSDAP verboten war und Hitler Redeverbot hatte? Stattdessen machte der damals führende „Thüringer Ordnungsbund“ dem „Völkisch-Sozialen Block“, in dem sich die meisten NSDAPler versteckten,

große Zugeständnisse bei der Regierungsbildung. Folge: Schon Anfang März 1924 waren das Redeverbot Hitlers und das Verbot der NSDAP aufgehoben.

Oder meint Kemmerich den 23. Januar 1930, als die bürgerlichen Parteien 23 Mandate und die Arbeiterparteien auf 24 Mandate kamen? Auch damals hatten die Bürgerlichen keinerlei Bedenken, mit den 6 NSDAP-Vertretern eine Regierung zu bilden. Das war eine Blaupause für 1933, sogar ein „Ermächtigungsgesetz“ wurde am 29. März 1930 schon mal ausprobiert. Mein Fazit lautet: In Thüringen trainierte die NSDAP faschistische Machtausübung und den Machtmissbrauch.

Ja, und am 30. Januar 1933 übernahmen die Nazis dann deutschlandweit die Macht. Reichspräsident Paul von Hindenburg musste erstaunlicherweise von bürgerlichen Politikern, v.a. aber von diversen Wirtschaftsvertretern massiv gedrängt werden. Und so kam es zu der verhängnisvollen Machtübergabe. Hitler wurde Reichskanzler und die NSDAP hatte freie Bahn. Das Verhängnis des III. Reiches mit seinen verheerenden Folgen nahm seinen Lauf. Heute also wieder Thüringen.

Aber die „wahren Demokraten auf der Straße“ haben es den Bürgerlichen diesmal versaut.

Dazu fällt mir Erich Kästner ein:

„Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Die Lawine hält keiner mehr auf. Man muss den rollenden Schneeball zertreten.“

Soweit Erich Kästner. Lasst uns zusammen den Schneeball AfD aufhalten. Nie, Nie, Nie wieder Faschismus!

Hans-Günther Schramm

Buchempfehlungen

Geschenktipp Kinderbücher

„Wie ist es, wenn...“

- „... es Krieg gibt? - Alles über Konflikte“
- „...man arm ist? – Alles über Armut und Hunger“
- „... man anders ist? – Alles über kleine und große Ungerechtigkeiten“

von Louise Spilsbury und Hanane Kai sowie

- „... man kein Zuhause hat? – Alles über Flucht und Migration“

von Ceri Roberts und Hanane Kai, alle erschienen im Gabriel-Verlag bei Thienemann und aus dem Englischen übersetzt von Jonas Bedford-Strohm (www.gabriel-verlag.de).

Wer sich mit Kindern auf den Weg machen möchte, schwierigen Themen rund um Frieden und Gerechtigkeit auf den Grund zu gehen, findet in dieser Bilderbuch-Reihe eine solide Grundlage für einen anregenden Austausch.

Im ersten Teil werden Fragen der Kinder zu dem jeweiligen Thema aufgegriffen und Ursachen beschrieben. Der zweite Teil skizziert Lösungsansätze, wie Erwachsene oder auch Kinder handeln können, um die Situation zu verbessern. Die Texte sind mit ansprechenden Bildern unterlegt. Jedes Buch hat am Ende eine Doppelseite unterschiedlichster Adressen zur weiteren Information. Wichtige Wörter werden erklärt.

Als Geschenk z. B. für Enkel- oder Patenkinder oder als Denkanstoß für Gruppen mit Kindern im Vor- oder Grundschulbereich gut geeignet!

Tabea und Martin Bleher

Glaubensbekenntnis aus Südamerika

Ich werde nicht glauben
an das Recht des Stärkeren,
an die Sprache der Waffen,
an die Macht der Mächtigen.

Aber ich will glauben
an das Recht der Menschen,
an die offene Hand,
an die Macht der Gewaltlosigkeit.

Ich werde nicht glauben,
dass ich nichts zu tun habe mit
dem,
was woanders geschieht.

Aber ich will glauben,
dass die ganze Welt mein Haus
ist
und das Feld, das ich bestelle,
dass alle ernten, was sie gesät
haben.

Ich werde nicht glauben,
dass ich Unterdrückung dort
bekämpfen kann
wenn ich Unrecht hier bestehen
lasse.

Aber ich will glauben,
dass das Recht ungeteilt ist hier
und dort,
dass ich nicht frei bin,
solange noch ein einziger
Mensch Sklave ist.

Ich werde nicht glauben,
dass Krieg und Hunger
unvermeidbar sind
und die Ferne unerreichbar.

Aber ich will glauben,
an die kleine Tat,
an die scheinbar machtlose
Liebe,
an den Frieden auf Erden.

Ich werde nicht glauben,
dass alle Mühe umsonst ist,
dass der Traum der Menschheit
ein Traum bleibt,
dass der Tod das Ende sein wird.

Aber ich wage zu glauben,
immer und trotz allem,
an den neuen Menschen.

Ich wage zu glauben
an Gottes eigenen Traum,
an eine neue Erde,
auf der Gerechtigkeit herrscht,
unter einem neuen Himmel.